



Protokoll

1. Parteitag, 3. Tagung
DIE LINKE. Landesverband Brandenburg
16. Mai 2009
Blossin

Protokoll

Reden, Beschlüsse und Wahlergebnisse
der 3. Tagung des 1. Parteitages der Partei
DIE LINKE. Landesverband Brandenburg

16. Mai 2009, Blossin

Herausgeber: DIE LINKE. Landesverband Brandenburg
Alleestraße 3
14469 Potsdam

Fertigstellung: Juni 2009

Satz und Layout: Reinhard Frank

Protokoll

der 3. Tagung des 1. Parteitages der Partei
DIE LINKE. Landesverband Brandenburg

Inhaltsverzeichnis

Tagesordnung mit Zeitplan	5
Geschäftsordnung	6
Wahlordnung	9
Rede der Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE im Brandenburger Landtag Kerstin Kaiser	12
Rede des Vorsitzenden der Bundestagsfraktion Gregor Gysi	20
Bericht der Mandatsprüfungskommission	34
Nachwahl eines Landesvorstandsmitglieds	35

Hinweis: Auf der 3. Tagung des 1. Parteitages der Partei DIE LINKE. Landesverband Brandenburg wurde der Entwurf des Wahlprogramms zur Landtagswahl 2009 unter dem Titel „Krise bewältigen - Armut bekämpfen - Demokratie stärken - Zukunft gewinnen: Es ist an der Zeit. Für Brandenburg“ beschlossen. Dieser Beschluss ist nicht Bestandteil dieses Protokolls sondern ist als Extradokument erschienen.

Tagesordnung mit Zeitplan

- 14.00 Uhr Eröffnung der Tagung
- 14.10 Uhr Rede der Vorsitzenden der Landtagsfraktion Kerstin Kaiser
- 14.30 Uhr Rede des Vorsitzenden der Bundestagsfraktion Gregor Gysi
- 15.00 Uhr Diskussion zum Entwurf für ein Landtagswahlprogramm
 - 15.00 Uhr Zur Präambel (Einleitung durch Thomas Nord)
Diskussion und Anfragen
 - 15.30 Uhr Zu Kapitel 1 Arbeit (Einleitung durch Christian Görke)
Diskussion und Anfragen
 - 16.00 Uhr Zu Kapitel 2 Armut bekämpfen (Einleitung durch Birgit Wöllert)
Diskussion und Anfragen
 - 16.30 Uhr Zu Kapitel 3 Bildung / Kultur (Einleitung durch Gerrit Große)
Diskussion und Anfragen
 - 17.00 Uhr Zu Kapitel 4 Regionen (Einleitung durch Stefan Ludwig)
Diskussion und Anfragen
 - 17.30 Uhr Zum Abschlusskapitel (Einleitung durch Ralf Christoffers)
- 18.00 Uhr Bericht der Mandatsprüfungskommission
- 18.05 Uhr Wahl von einem Mitglied im Landesvorstand (Nachwahl)
Aufstellung einer gemischten Liste
- 18.20 Uhr Wahlgang und Abendbrotpause
- 19.00 Uhr Bekanntgabe des Wahlergebnisses
- 19.10 Uhr Behandlung und Beschlussfassung des Entwurfes des Landtagswahlprogramms als Grundlage für eine weitere Diskussion mit der Gesellschaft
- 19.45 Uhr Behandlung weiterer Anträge
- 20.00 Uhr Schlusswort des Landesvorsitzenden

Geschäftsordnung

1. Leitung des Parteitages, Arbeitsgremien

- (1) Die Leitung des Parteitages erfolgt durch das Tagungspräsidium, welches aus bis zu 12 Delegierten des Parteitages besteht.
- (2) Der Landesvorstand benennt vor dem Landesparteitag gemäß § 16 Abs. 9 Landessatzung zur Vorbereitung:
 - das Tagungspräsidium
 - die Mandatsprüfungskommission
 - die Redaktionskommission
 - die Antragskommission
 - die Wahlkommission

Der Landesparteitag wählt die bzw. ggfs. andere BewerberInnen in die Kommissionen als Arbeitsgremien des Parteitages. Der Landesparteitag kann für einzelne Sachthemen weitere Kommissionen bilden.
- (3) In die Mandatsprüfungskommission, Redaktionskommission, Antragskommission und Wahlkommission können nur Delegierte des Parteitages gewählt werden. Diese Kommissionen können zur Unterstützung weitere Personen heranziehen. Die Wahlen zu den Kommissionen finden in offener Abstimmung statt, die Wahlordnung findet keine Anwendung.
- (4) Der Ablauf der Beratungstage des Parteitages richtet sich nach der beschlossenen Tagesordnung und dem beschlossenen Zeitplan.

2. Beschlussfähigkeit

- (1) Der Landesparteitag ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner satzungsgemäß gewählten Delegierten anwesend sind.
- (2) Die Beschlussfähigkeit wird durch die Mandatsprüfungskommission festgestellt. Sie erstattet dem Parteitag zu jedem Beratungstag einen Bericht über die Mandatsprüfung.
- (3) Zur Feststellung der Beschlussfähigkeit melden sich die Delegierten zu jedem Beratungstag bei der Mandatsprüfungskommission an. Verlässt ein/e Delegierte/r vor dem Schluss des Beratungstages für eine längere Zeit als eine Stunde das Tagungsobjekt, so meldet sie/er sich bei der Mandatsprüfungskommission ab. Die Mandatsprüfungskommission gibt gegebenenfalls dem Tagungspräsidium unverzüglich einen Hinweis, wenn sie erkennt, dass so viele Delegierte sich abgemeldet haben, dass in absehbarer Zeit die Beschlussfähigkeit des Parteitages gefährdet sein kann.

3. Rederecht, Worterteilung

- (1) Delegierte haben Rederecht. Gästen kann das Rederecht erteilt werden. Wortmeldungen sind schriftlich beim Tagungspräsidium einzureichen.
- (2) Das Wort wird durch das Tagungspräsidium erteilt. **Spricht ein/e Redner/in nicht zur**

Tagesordnung oder wird unsachlich, so ist sie/er zunächst zur Ordnung zu rufen. Setzt sie/er ihr/sein Verhalten fort, so ist ihr/ihm das Wort durch das Tagungspräsidium zu entziehen. Es darf ihr/ihm zum gleichen Tagesordnungspunkt nicht erneut erteilt werden. Die Worterteilung soll im Wechsel an Frauen und Männer erfolgen (quotierte Worterteilung).

- (3) Redebeiträge sind vom Pult zu halten. Zu Anfragen an das Tagungspräsidium oder an RednerInnen sowie Anträgen zur Geschäftsordnung wird am Saalmikrofon das Wort erteilt.
- (4) Die Redezeit beträgt in der Regel 5, längstens 8 Minuten, bei Anfragen und Anträgen zur Geschäftsordnung eine Minute. Die Redezeiten für das Referat der/s Landesvorsitzenden und andere Referate werden mit dem Zeitplan gesondert beschlossen. Redezeiten für die Vorstellung von KandidatInnen bei Wahlen regelt die Wahlordnung.
- (5) Auf Antrag eines Stimmberechtigten und mit Beschluss des Parteitages kann von diesen Regelungen abgewichen werden.

4. Stimmrecht, Beschlussfassung

- (1) Stimmrecht haben alle anwesenden satzungsgemäß gewählten Delegierten.
- (2) In der Anlage 1 zu dieser Geschäftsordnung werden die Delegierten aufgezählt, die lediglich Gastmitglieder der LINKEN sind (§ 5 Landessatzung). Sie haben für die Dauer des 1. Landesparteitags bei allen Tagungen Stimmrecht bei Abstimmungen zu allen Anträgen, außer bei Abstimmungen über Satzungsangelegenheiten, über Finanzordnungen, Finanzpläne, die Verwendung von Finanzen und Vermögen und über Haftungsfragen.

Sie haben das aktive Wahlrecht bei den Wahlen zu den Arbeitsgremien des Landesparteitags sowie bei den Wahlen des Landesvorstands, der Landesfinanzrevisionskommission, der Landesschiedskommission und den Delegierten im Bundesausschuß, das passive Wahlrecht bei der Wahl der Delegierten zum Bundesausschuss sowie das Recht Kandidatinnen oder Kandidaten zu den Wahlen vorzuschlagen.

- (3) Beschlüsse werden in offener Abstimmung mit einfacher Mehrheit gefasst, Stimmgleichheit gilt als Ablehnung. Dies gilt auch für Wahlen nach Ziffer 1 Absatz 3. Beschlüsse zur Änderung der Geschäftsordnung werden mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit **der anwesenden Stimmberechtigten** gefaßt.
- (4) Jede/r Delegierte hat das Recht, im Anschluss an einen Tagesordnungspunkt, eine Wahl oder eine Abstimmung eine persönliche Erklärung oder eine Erklärung zum Abstimmungsverhalten zu geben. Sie sind dem Protokoll beizufügen. Minderheitenvoten sind Erklärungen in diesem Sinne.

5. Abstimmungen, Reihenfolge

- (1) Änderungsanträge zu vorliegenden Anträgen sind beim Arbeitspräsidium schriftlich bis zum jeweils beschlossenen Antragsschluss einzureichen.
- (2) Initiativanträge sind bis zum jeweiligen Antragsschluss schriftlich mit kurzer Begründung beim Arbeitspräsidium einzureichen. Sie bedürfen der Unterschrift von 18 Delegierten.
- (3) Das Arbeitspräsidium übergibt die eingegangenen Anträge den jeweiligen Kommissionen. Diese unterbreiten dem Landesparteitag Vorschläge für den Umgang mit den Anträgen. Zu

den Vorschlägen erhält zunächst der Antragsteller und danach jeweils ein/ Redner/in dafür und eine/r dagegen das Wort. Die Reihenfolge bei der Abstimmung richtet sich danach, dass der weitestgehende Antrag zuerst abgestimmt wird, es sei denn, die jeweilige Kommission unterbreitet wegen des spezifischen Sachverhalts einen anderen Vorschlag.

- (4) Erklärt ein Antragsteller die Übernahme eines zu seinem Antrag eingebrachten Änderungsantrags, so wird der Antrag in der Form mit der übernommenen Änderung zur Abstimmung gestellt. Auf Verlangen mindestens eines Delegierten ist die bisherige Form des Antrags an der geänderten Stelle wie ein Änderungsantrag zu behandeln und abzustimmen. Das Verlangen zu diesem Verfahren muß unmittelbar nach der Übernahmeerklärung vorgebracht werden.
- (5) Anträge zur Geschäftsordnung werden mündlich durch Delegierte gestellt. Während eines Abstimmungsvorganges können keine Anträge zur Geschäftsordnung gestellt werden. Für die Antragstellung wird außerhalb der RednerInnenreihenfolge das Wort erteilt. Als Antrag zur Geschäftsordnung gilt:
 - Antrag auf Abschluss der Debatte
 - Antrag auf Änderung der Tagesordnung
 - Antrag auf Abberufung des Arbeitspräsidiums
 - Antrag auf Abbruch der Tagung des Landesparteitages.Das Wort erhalten unmittelbar im Anschluss daran jeweils ein/e Redner/in dafür und eine/r dagegen, dann erfolgt die Abstimmung.

6. Sonstige Regelungen

- (1) Vom Verlauf der Tagungen des Landesparteitages erfolgen Tonband- bzw. Videoaufzeichnungen. Sie dienen ausschließlich archivarischen Zwecken. Jede/r Redner/in nennt zur sicheren Erstellung des Protokolls vor dem Redebeitrag ihren/seinen Namen, soweit dies vom Arbeitspräsidium nicht bereits getan wurde.
- (2) Die Prüfung der Beschlussfähigkeit erfolgt auf Antrag eines Stimmberechtigten durch die Mandatsprüfungskommission. Diese stellt das Ergebnis anhand der Anwesenheitsliste fest. Bei Beschlussunfähigkeit ist der Beratungstag zu vertagen.
- (3) Im Tagungsraum ist der Konsum jeglicher Drogen untersagt. Das Rauchen ist im Tagungsobjekt an den dafür gekennzeichneten Stellen gestattet.
- (4) Das Hausrecht während der Tagung übt der/die Landesvorsitzende mit den dafür von ihr/ ihm bestimmten Personen des Organisationsbüros aus. Es wird gebeten, zur Sicherung eines reibungslosen Ablaufs der Beratungen ihren Anweisungen unbedingt Folge zu leisten. Das Hausrecht in Räumen, die nicht zur Durchführung der Beratung des Parteitages im jeweiligen Tagungsobjekt angemietet wurden, bleibt davon unberührt.

Anlage 1 – Delegierte, die lediglich Gastmitglieder bei der Partei DIE LINKE sind

Den nachgenannten Delegierten werden für den 1. Landesparteitag die in Ziff. 4 Abs. 2 der Geschäftsordnung genannten Mitgliederrechte übertragen.

1. Nadine Zülow, Linksjugend solid

Wahlordnung

1. Grundlagen und Gültigkeit

Die Wahlen erfolgen auf der Grundlage der Wahlordnung der Partei DIE LINKE (Bundeswahlordnung). Diese Ordnung gilt für die Wahlen des Landesvorstandes, der Landesfinanzrevisionskommission, der Landesschiedskommission sowie der Delegierten zum Bundesausschuss.

2. Wahlrecht

Aktives Wahlrecht besitzen die gewählten Delegierten des 1. Landesparteitages. Passives Wahlrecht besitzen alle Mitglieder der Partei DIE LINKE.

3. Kandidaturen

Alle LINKE-Mitglieder und LINKE-Gastmitglieder können Vorschläge für Kandidaturen unterbreiten.

Vor jedem ersten Wahlgang erhält jede Kandidatin/jeder Kandidat die Möglichkeit, sich vorzustellen. Die Redezeit ist mit Ausnahme der Kandidaturen zu folgenden Funktionen auf 5 Minuten begrenzt.

Kandidatinnen und Kandidaten für das Amt des Landesvorsitzes erhalten eine Redezeit von 20 Minuten. Die Redezeit der Kandidatinnen und Kandidaten für das Amt der Landesgeschäftsführung, der Landesschatzmeisterei und der/des stellvertretenden Landesvorsitzenden wird auf 10 Minuten begrenzt.

Nach der Vorstellung der Kandidatinnen und Kandidaten können Anfragen an diese gerichtet und Erklärungen zu Kandidaturen abgegeben werden. Die Redezeit pro Anfrage und Erklärung ist auf 2 Minuten begrenzt.

4. Wahlen

4.1. Einzelwahlen von Parteiämtern/Einzelmandaten

Der Landesparteitag wählt im Einzelwahlverfahren in getrennten Wahlgängen

- die Landesvorsitzende/den Landesvorsitzenden
- die Landesgeschäftsführerin/den Landesgeschäftsführer
- die Landesschatzmeisterin/den Landesschatzmeister

Tritt in einem Wahlgang für ein Einzelamt nur eine Kandidatin/nur ein Kandidat an und erreicht im ersten Wahlgang nicht die erforderliche Stimmenmehrheit, findet mit derselben Kandidatin/demselben Kandidaten ein zweiter Wahlgang statt.

Wird auch in diesem Wahlgang die erforderliche Stimmenmehrheit nicht erzielt, wird eine Liste von Kandidatinnen / Kandidaten für das Amt aufgestellt und danach ein neuer erster Wahlgang durchgeführt.

Für den Fall, dass in dem jeweiligen Wahlgang mehrere Kandidatinnen/Kandidaten antreten und

keine Kandidatin/kein Kandidat die absolute Mehrheit der gültigen Stimmen erzielt, erfolgt ein zweiter Wahlgang mit denselben Kandidaten.

Erreicht auch in dem zweiten Wahlgang niemand die erforderliche Stimmenzahl, erfolgt eine Stichwahl zwischen den beiden Bestplatzierten des zweiten Wahlganges. Gewählt ist in diesem dritten Wahlgang, wer die meisten Stimmen auf sich vereint.

4.2. Gruppenwahl von gleichberechtigten Parteiämtern

Der Landesparteitag wählt im Gruppenwahlverfahren gemäß § 6 Bundeswahlordnung

- 2 bis 4 stellvertretende Landesvorsitzende

Über die genaue Anzahl der zu wählenden stellvertretenden Landesvorsitzenden entscheidet der Landesparteitag gemäß § 18 Abs. 1 Landessatzung durch Beschluss. Die/der neugewählte Landesvorsitzende wird den Vorschlag dazu einbringen.

Für den Fall, dass nach dem ersten Wahlgang nicht alle Ämter besetzt werden, erfolgt ein zweiter Wahlgang mit den nicht gewählten Kandidatinnen und Kandidaten.

4.3. Gruppenwahl von Parteigremien und Delegiertengruppen

Der Landesparteitag wählt im Gruppenwahlverfahren gemäß § 6 Bundeswahlordnung

- weitere Mitglieder des Landesvorstandes, so dass der Landesvorstand unter Berücksichtigung der in Einzelwahl gewählten Mitglieder und unter Berücksichtigung der Zahl der zu wählenden stellvertretenden Landesvorsitzenden insgesamt 20 Mitglieder umfasst.
- Eine Landesfinanzrevisionskommission in der Stärke von 5 Mitgliedern.
- Eine Landesschiedskommission in der Stärke von 7 Mitgliedern.
- Die sechs Mitglieder des Landesverbands im Bundesausschuss (Beschluss des PV vom 07.07.2007)

4.4. Stimmabgabe, notwendige Mehrheit zur Wahl

Gemäß § 8 Bundeswahlordnung kann zu jedem Bewerber eine JA-Stimme, eine NEIN-Stimme oder eine Enthaltung gewählt werden. Fehlt eine Kennzeichnung gilt dies als Enthaltung. Bei mehr als doppelt so vielen Bewerbern wie zu vergebenden Plätzen entfällt die Möglichkeit der NEIN-Stimmabgabe (§ 8 Abs. 5 Bundeswahlordnung).

Gewählt ist **in den Gruppenwahlgängen des Punkt 4.3.** abweichend von § 10 Abs. 1 Bundeswahlordnung, wer mehr Ja-Stimmen als Nein-Stimmen auf sich vereint (Beschluss gemäß § 10 Abs. 2 Bundeswahlordnung). Im übrigen gelten die Regeln der §§ 10 und 11 Bundeswahlordnung.

5. Quoten

Zur Erfüllung einer Quote von 20% Mitgliedern im ersten ordentlichen Landesvorstand, die aus der WASG kommen (§ 37 Abs. 5 Landessatzung), finden zur Wahl der weiteren Mitglieder des Landesvorstands nach den Wahlen gemäß Punkt 4.1 und 4.2 Wahlgänge zur Sicherung dieser Quote statt. In ihnen sind nur Mitglieder des Landesverbands Brandenburgs der Partei DIE LINKE passiv wahlbe-

reichtigt, die Mitglied der WASG waren. Es werden so viele weitere Mitglieder des Landesvorstands gewählt, dass die Zahl der Mitglieder des Landesvorstands aus der WASG unter Berücksichtigung der in Einzelwahl gewählten Mitglieder und unter Berücksichtigung der gewählten stellvertretenden Landesvorsitzenden mindestens 4 Mitglieder umfasst. Die Wahl hat unter Berücksichtigung der Geschlechterquotierung zu erfolgen. Ist die WASG-Quote ausgeschöpft, entfallen weitere Wahlgänge, auch wenn sie in der Tagesordnung vorgesehen sind.

Die danach erfolgende Wahl zu den übrigen Mandaten hat ebenfalls unter Berücksichtigung der Geschlechterquotierung zu erfolgen.

Die Wahlgänge können bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 6 Bundeswahlordnung zusammengefasst oder parallel abgehalten werden.

Rede der Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE im Brandenburger Landtag

Kerstin Kaiser

Liebe Genossinnen und Genossen

die Blumen sind überreicht, Vorhang auf zur inhaltlichen Debatte...

Glückwunsch allen, die heute auf die Liste gewählt wurden! Großen Respekt und Dank allen, die sich beworben hatten.

Das zeigt: wir sind eine starke Mannschaft, jede/r Einzelne bereit, Verantwortung zu übernehmen – wir brauchen jede und jeden. Ich verstehe nur zu gut, dass wir heute dennoch mit sehr verschiedenen persönlichen Gefühlen nach Hause fahren werden. Aber ich bin mir sicher, dass wir – bei allen Unterschieden und bei allem Streit in der Sache – uns einig sind.

Einig sind wir uns in dem Ziel, dieses Land demokratisch mitgestalten zu wollen und bei Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen einen Erfolg für linke, solidarische Politik zu erringen!

Einig sind wir uns in dem Wissen: Nach dem Dialog zum Leitbild können wir nun mit konkreten Vorhaben vor Ort Zustimmung finden. Mit uns erwarten und wollen ja viele Andere, dass in Brandenburg in den nächsten Jahren soziale Gerechtigkeit und Gemeinwohl mehr zur Geltung kommen.

Und gemeinsam haben wir die Erfahrung gemacht, dass unsere Stärke im Miteinander liegt. Das gilt übrigens, liebe Genossinnen und Genossen, nicht nur für den Wahlkampf. Auch deshalb haben mich einige Nachrichten der letzten Tage sehr nachdenklich gemacht. Wir sollten – trotz Wahlkampf – innehalten, Fragen zulassen. Unsere neue Partei ist im Umbruch, wir hoffen: im Aufbruch. Was für eine Partei wollen wir sein, programmatisch, inhaltlich und kulturell?

Z. B. Sind wir uns einig, dass für uns niemals der politische Zweck alle Mittel heiligt? Wie muss eine demokratische, pluralistische Partei funktionieren, dass sich Minderheiten in ihr nicht an den Rand oder abgeschoben fühlen? Wie können wir politisch so miteinander leben und arbeiten in der Partei, dass es keine Sieger und Besiegte gibt? Und wie kann Solidarität gelebt werden – auch in der Konkurrenz? Selbstverständlich, liebe Genossinnen und Genossen, ist es legitim, dass man seine eigene Position in der Partei nicht vertreten und gewürdigt sieht. Es passiert schon, dass man als Mensch nicht genug Anerkennung spürt für seine Arbeit, seine Person, seine Leistung. Ganz klar, es kommt vor, manchmal will man einfach die Klamotten hinschmeißen... Und manche tun das auch.

Aber ich weiß auch, dass immer, wenn bei GenossInnen solche Gefühle auftreten, viele von uns selbstkritisch auch nach ihrem eigenen Anteil daran fragen. Bei den gewaltigen Veränderungen, die die Politik – auch die Politik der LINKEN – in den letzten zwanzig Jahren durchgemacht hat, war es schon manchmal schwierig, den roten Faden in der Hand zu behalten... Und – übrigens – zurück gedacht in die Zeit vor 1989 schleicht sich manchmal auch der Gedanke ein: nicht automatisch hat derjenige recht, der zwei weitergemacht, der weiter funktioniert hat. Aber wir haben auch gesagt: Kopf hoch und nicht die Hände!

Und so hat DIE LINKE sich mit ihrem politischen Anliegen bundesweit zusammengefunden und zusammengerauft. Wir sind erst am Anfang dieses Weges. Nachdem uns eine Erfolgswelle weit getragen hat, sehen wir natürlich Defizite, Probleme, Widersprüche, Unzulänglichkeiten in den eigenen Reihen. Aber wir sehen doch auch, dass politische Konkurrenten und Gegner keine, aber auch keine einzige Möglichkeit auslassen, unsere Probleme zu nutzen und uns in jeder Hinsicht zu schaden. Das geht am leichtesten, indem wir den Wählerinnen gegenüber als soziale und demokratische Alternative unglaubwürdig gemacht werden. Ich bitte euch, daran müssen wir uns doch nicht selbst

noch aktiv beteiligen?

Und gerade deshalb geht es mir darum, dass wir uns immer wieder, auch heute, über den Roten Faden verständigen, der uns zusammen gebracht hat, mit dem wir uns nicht fesseln, sondern an dem wir uns orientieren. Anrede, der Rote Faden bundesweit, das was DIE LINKE ausmacht woran sind die erkennbar? Wir sind uns einig:

1. Der Kampf gegen Hartz IV, für Menschenwürde. Darum auch
2. das Ringen um Existenz sichernden Mindestlohn. Um weitere Armut zu verhindern braucht es
3. die auskömmliche Rente.
4. Niemals wieder Krieg von deutschem Boden aus heißt für uns heute: keine Kriegseinsätze deutscher Soldaten!

Für mich persönlich will ich hinzufügen (und hoffe, dass das alle teilen): Weg mit dem unseligen Strafrechtsparagrafen 218, der nach wie vor existiert und dieser Tage wieder mal benutzt wurde, um Frauen und ihre Rechte klein zu halten. Für mich bleibt das ein Zustand, den ich nicht hinnehmen will.

Mit euch will ich diesen roten Faden in der Hand behalten, im Wahlkampf genau wie in der Zeit danach. Wir werden gemeinsam unsere Politik daran ausrichten. Diese Orientierung dürfen wir nicht verlieren.

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich kann verstehen, dass jemand die Klamotten bei uns hinschmeißt, so einfach sind wir ja auch nicht, so einfach ist die Situation nicht. Kompromisse, Genossinnen und Genossen, sind für mich persönlich etwas anderes, als Umfallen, Resignation und Enttäuschung ist etwas anderes, als Überlaufen.

Das Gespür fürs Konkrete, für das jetzt Notwendige, unsere Haltung als „Partei für den Alltag“ und das Festhalten an der Utopie und Möglichkeit, die Welt auch radikal zu verändern: Das bleibt das, was uns zusammenhält, was uns immer wieder motiviert, was uns stark macht im politischen Engagement für Andere und was manchmal auch unseren Streit so heftig macht.

Liebe Genossinnen und Genossen,

mit jedem Tag, der jetzt vergeht, sitzen wir in der Achterbahn der Umfragen. Über jeden Ausschlag rauf oder runter denken wir nach. Das ist normal und richtig. Aber wir haben doch schon oft erfahren: Stimmungen bei Umfragen sind nicht Stimmen bei Wahlen. Konzentrieren wir uns also auf unsere politischen Positionen, Aufgaben.

Richtlinie für uns sind die Erwartungen vieler Menschen in diesem Land. Um die geht es ja auch in allererster Linie. Wir haben nicht vergessen: Parteien sind für uns kein Selbstzweck. Das Wort „Dienstleister“ geht mir in dem Zusammenhang schwer über die Lippen, weil man damit in dieser Gesellschaft ja immer das Geschäft versteht. Aber Parteien, besonders unsere, leisten Dienste für die Mehrheit der Menschen im Land. Wir, DIE LINKE, *vertreten* aber nicht nur Interessen, sondern wir wollen Spielräume eröffnen und sichern, mit denen Menschen ihre Interessen *selbst vertreten* können.

Jetzt geht es um das, was wir *tun* wollen. Was wir *bewegen*, was wir *verändern*, was wir

verbessern wollen. Es geht um unser Programm für die Landtagswahlen, um unser Programm für Brandenburg in den nächsten fünf Jahren. Wir konzentrieren uns auf die vier zentralen Fragen – genau die, welche nicht wir als Partei, sondern Brandenburgerinnen und Brandenburger an die Entwicklung im Lande und damit auch an die Politik im Lande vor allem stellen:

- Wie kommen wir zu genug Arbeit, von der man leben kann? (Fast jeder von uns kennt doch allein erziehende Eltern, aber auch Selbständige Unternehmer, die mehr als Vollzeit arbeiten, aber die Familie damit nicht ernähren können!)
- Wie verhindern wir, dass immer mehr Menschen in Armut abrutschen? Wie helfen wir denen, die in Armut leben, aus dem Größten heraus? Wie sichern wir, dass die Lebensumstände im Land überhaupt bezahlbar bleiben?
- Schließlich: Wie schaffen wir eine gute Zukunft für unsere Kinder? Wie beschützen wir sie vor Not – und wie lassen wir allen von Anfang an eine gute Bildung angedeihen? (Besonders die Kinder, für die gesunde Mahlzeiten und interessante Freizeitmöglichkeiten nicht selbstverständlich sind, lassen uns ja keinen Tag gleichgültig.)
- Wie sichern wir, dass man in allen Regionen des Landes vernünftig leben kann? Wie entwickeln wir die Demokratie, wie sichern wir den Rechtsstaat, wie stärken wir Toleranz und Mitmenschlichkeit? Damit z.B. auch Nazis keine Chance haben?

Liebe Genossinnen und Genossen,

in der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise legt der Kapitalismus seinen Kern bloß. Durch die neoliberale Entwicklung der letzten Jahre verschärfen sich alle sozialen, politischen und ökonomischen Fragen jetzt in einem existenziellen Ausmaß. Aber wir wissen: sie standen doch *schon vorher*. Und was wir vorsichtig als „relative Stabilisierung auf bescheidenem Niveau“ bezeichnet haben, kann sich schnell als brüchig erweisen. Keiner kommt daran vorbei – und das sehen wir ja auch bei unserer politischen Konkurrenz im Lande. Irgendwie reden plötzlich alle über Arbeit, Armut, Bildung und Regionen – wengleich unterschiedlich akzentuiert.

Nehmen sie uns denn damit die Themen weg - fragt sich manche/r.

Ich bitte euch, das geht doch gar nicht! Wir sind ja auch noch da. Ich hoffe sehr, ihr seht das auch so. Denn: Politiker – egal woher – soll man nicht nur beim Wort, sondern bei der Tat nehmen. Und im Wahlkampf kämpfen wir dafür, dass das möglichst viele Leute tun! Wir werden sehen, ob Münte sich dann noch mal zu einer Wählerbeschimpfung versteigt und im Oktober meint, es sei unfair, seine Partei an ihren heutigen Wahlversprechen zu messen.

Die Krise selbst also hält unsere Themen auf der Tagesordnung.

Und es wäre doch absurd, wenn wir in dieser Situation, in diesen Wahlkämpfen für unsere Antworten nicht nach größtmöglicher Zustimmung, nicht um breite Bündnisse und gesellschaftliche Mehrheiten ringen würden. Das heißt nicht, unser Programm, unsere Antworten – die ich gleich nennen werde – eins zu eins zur alleinigen Bedingung zu machen.

Aber es heißt, dass die solidarische Grundrichtung: sozialer, gerechter und dafür aktiver im Bund und Europa erkennbar und nachvollziehbar sein muss. Wir haben jetzt die Chance, ein Tor aufzustoßen, das Tor, das erst durchschritten werden muss, damit Brandenburg einigermaßen heil durch die Krise kommt und damit es danach zu Stabilität und Chancen für alle findet.

In den letzten Wochen ist ja oft gerätselt worden, weshalb es hierzulande noch so ruhig ist. Wird die

Krise doch nicht so tief? Sind wir, sind die Menschen tatsächlich so krisenfest?

Zweimal Nein. Heißt das, dass wir auf Unruhen setzen? Noch mal nein. Aber wir setzen auf einen Wechsel der Politik in ihren Kernbereichen. Dort, wo schreiende Ungerechtigkeit herrscht, die sich absehbar vergrößern wird. Dort, wo die Interessen und die Zukunft der Menschen verhandelt werden. In Eisenhüttenstadt und Ludwigsfelde, in der Lausitz, aber auch bei den kleinen und Familienunternehmen im Land, die täglich um den Erhalt ihrer Aufträge und Finanzierung- also ihrer Firma - kämpfen. Der Schutzschirm für Menschen- genau darüber ist er gedanklich aufgespannt. Und genau darüber muss er auch praktisch gespannt werden.

Nach den Ergebnissen der bekannten emnid-Umfrage haben wir im Wahlprogramm- Entwurf vier Bereiche festgeschrieben, die Brandenburger Wahl entscheidend sind. Wir haben unsere Antworten auf diese vier zentralen Fragen (für *das Land Brandenburg* in den nächsten fünf Jahren) *Schlüsselvorhaben* genannt.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir kämpfen erstens für gute Arbeit, gute Löhne und eine stabile Wirtschaft.

Wir wollen Brandenburg sozial und ökologisch erneuern. Die Schlüssel dazu sind für uns:

ein Landesvergabegesetz sowie tarifliche und soziale Mindeststandards bei öffentlichen Aufträgen

die Einrichtung 15.000 ordentliche Arbeitsplätze im öffentlich geförderten Beschäftigungssektor

die Einführung von Mikrokrediten für Kleinunternehmen, Handwerk und Freie Berufe sowie ein Start-Up-Fonds

ein Aktionsbündnis zur Vermarktung von Qualitätsprodukten der brandenburgischen Landwirtschaft

Vorrang für Erneuerbare Energien

und schließlich die Renaturierung der verbliebenen Militärbrachen.

Wir kämpfen zweitens gegen die Verarmung **im Land, um bessere Lebensbedingungen für Kinder, um bezahlbare Lebensumstände für alle.**

Die Schlüssel dafür sind nach unserer Überzeugung:

ein Sozialticket für die ganze Region und für Einzelfahrten

sowie eine kraftvolle Initiative zur armutsfesten Grundsicherung für Kinder

Wir folgen drittens dem Grundsatz: Gute Bildung und Kultur für alle – und zwar von von Anfang an.

Unsere zentralen Projekte dafür sind:

Keine Schulklasse mit mehr als 24 Schülern.

ein deutlich besserer Betreuungsschlüssel in den Kitas.

die elternbeitragsfreie Schülerbeförderung

und schließlich ein neues Musikschulgesetz mit besserer Finanzierung und Personalausstattung

Viertens haben wir uns ein gutes Leben in allen Regionen zum Ziel gesetzt – den Ausbau von Demokratie, Rechtsstaat, und Toleranz.

Hier haben für uns Schlüsselbedeutung:

Mehr Rechte für den Datenschutz – und eine starke Behörde dafür
sowie Struktur und Beständigkeit für die Oderpartnerschaft!

Damit werden wir in Brandenburg nicht alles auf einmal anpacken, auch nicht alles finanzieren können – aber die vierzehn Schlüsselvorhaben markieren die Punkte und Projekte, mit denen jetzt hier und heute begonnen werden muss. Hier dürfen wir nicht länger warten. Hier schaffen wir Voraussetzungen für weitere Veränderungen. Sie entsprechen den dringendsten Erwartungen der BürgerInnen.

Um Zustimmung und für die Verwirklichung unserer Vorschläge werden wir kämpfen. Darum geht es. Wir wäre wohl nicht von dieser Welt, wenn wir uns – in oder außerhalb der Partei – in einen Wettlauf verwickeln lassen, wer die radikalste Forderung aufs Papier schreibt.

Den Wettlauf aber, wer die besten Konzepte für die nächsten vier Jahre hat, den nehmen wir gerne mit jedem auf. Und den nehmen wir besonders gerne mit denen auf, die jetzt unsere Forderungen drehen und wenden, hier ein bisschen schleifen, da ein bisschen trommeln. Und die links blinken, aber ganz verbiestert auf Koalitionskurs bleiben. (Dazu komme ich gleich noch mal).

Wir werden die SPD fragen und wir werden dafür sorgen, dass auch die Wählerinnen und Wähler sie in den Wochen bis Ende September das fragen werden: Mit wem wollt ihr all die schönen Forderungen umsetzen? Die bisherige Koalition, die Nibelungentreue der Sozialdemokraten gegenüber der CDU ist der sicherste Weg, Mindestlohn und Vergabegesetz, den Abbau sozialer Schranken in der Bildung und mehr Selbstbestimmung für die Kommunen genauso zu verhindern, wie etwas Erleichterung und Linderung der Armut für alle, die von ALG II leben, insbesondere für Kinder. Links blinken, rechts abbiegen – das ist das, was die Brandenburgerinnen und Brandenburger immer wieder bei der märkischen SPD beobachten mussten. Und das hat niemand vergessen.

Viele Probleme, die gerade angesichts der Krise jetzt drängen, haben Sozial- und Christdemokraten gemeinsam mit zu verantworten. Die bewusste Unterstützung für die Hartz-Reformen, Brandenburg als Billiglohnland, das Herumwerkeln an dem unzureichenden brandenburgischen Bildungssystem, die unausgewogene Regionalpolitik und die ausgedünnte Regionalförderung, die Polizeireform zu Lasten der Polizisten, das Einknicken bei der Neuregelung föderalen Finanzverfassung und in Sachen Schuldenbremse – das alles ist reale Politik dieser Koalition, dieser sozialdemokratisch geführten Koalition. Und leider ist es immer noch die reale Politik, die den Versprechungen des sozialdemokratischen Wahlprogramms entgegensteht!

Deswegen, liebe Genossinnen und Genossen, ist es auch mit dem *Reden* über Themen nicht getan – selbst dann nicht, wenn es „unsere“ Themen sind. Es ist auch nicht damit getan, dass man einfach die eine oder andere Entscheidung rückgängig machen könnte.

Welch langen Atem und wie viel Kraft es braucht, wie viel Unterstützung aus der Gesellschaft und wie viele Wahltermine, damit aus berechtigten sozialen Forderungen endlich Realität wird, beweist das Thema existenzsichernder Mindestlohn.

2005 wollten weder SPD und Grüne etwas davon hören. Lange Zeit zögerten die Gewerkschaften. Wir haben inzwischen als DIE NEUE LINKE gute Wahlergebnisse erhalten und sind auch im Westen in vier Landesparlamente eingezogen. Aus dem Berliner Senat heraus haben unsere GenossInnen

immer wieder dafür gesorgt, dass über Mindestlohn-Regelungen und entsprechende Richtwerte für Aufträge der öffentlichen Hand nicht nur geredet sondern darüber entschieden werden kann. Mittlerweile führt für SPD und Grüne kein Weg um gesetzliche Mindestlöhne herum – vorerst nur in der Wahlrhetorik. Selbst die Große Koalition im Bund musste wenigstens branchenweise Zugeständnisse machen.

Den aktuellen und eigentlich überflüssigen Beweis für „links blinken und rechts einschwenken“ lieferte uns die Sitzung des Landtages vorgestern, am 14. Mai. Die SPD hat die Mindestlohnfrage und eine landespolitische Umsetzung durch ein Vergabegesetz vor Wochen zur Gretchenfrage ihres Wahlkampfes erklärt. Das mag vor allem den 70 Tausend BrandenburgerInnen Mut machen, die täglich arbeiten gehen und dennoch von ihrem Verdienst sich und ihre Familie nicht ernähren können, den so genannten Aufstockern also. Jeder Tag zählt! – ...dachten wir in deren Sinne und waren ermutigt, erneut einen Antrag einzubringen.

Die seit neunzehn Jahren im Lande regierende Partei hat immerhin zehn Jahre erfolglos damit verthan, die Stolpe-These zu beweisen, man könnte mit der CDU im Bunde am besten sozialdemokratische Positionen realisieren. Denn manch sozial- und bildungspolitisches Wahlversprechen scheiterte bislang an Koalitionsdisziplin. Da wäre es vorgestern nur konsequent gewesen, den BrandenburgerInnen *ein einziges Mal* zu zeigen, dass man den Mumm und die Macht dazu hat, jetzt – schon vor der Wahl – zu seinem gegebenen Wort zu stehen.

Nix war's: weder mit Mumm, noch mit Macht.

Wichtig wäre ein solches Vergabegesetz mit Mindestlohn allemal auch für die Region und Berlin-Brandenburger Projekte: An der Seite des Berliner Senats hätte sich Brandenburg nun als zweites Bundesland auf diesen politischen Weg begeben können. Die in diesem Lande außer und unter Tarif Beschäftigten, vor allem die Aufstocker, sollen wissen: Die unverbrüchliche Koalition geht vor. Disziplin in der Regierung zählt mehr als das gebrochene Wort gegenüber den BrandenburgerInnen. Mit der CDU jedenfalls wird es keinen Mindestlohn geben. Zitat Wirtschaftsminister: „Bringt nichts. Taugt nichts“.

Liebe Genossinnen und Genossen,

mit wem also will die SPD nach dem 27. September das alles ganz anders machen? Mit dieser CDU etwa?

Ähnlich wie beim Mindestlohn verlief bisher auch die unendliche Brandenburger Geschichte von der Verbesserung der Personalsituation in den Kindertagesstätten. Ähnlich unerfreulich für Erzieherinnen, Kita- und Hortkinder sowie deren Eltern... Deshalb werden wir auch im Juni gemeinsam mit ihnen, mit Kraft und aller Phantasie deutlich machen: Es reicht! Die Betroffenen im Land haben die Wortakrobatik der Regierung, die Rechenspiele und das Vertrösten satt, wir brauchen endlich tatsächlich kleinere Gruppen!

Wir sagen: Nicht Versprechen und Ausreden zählen, sondern die Tat! Handeln, wo man als Regierung das Heft des Handelns doch in der Hand hat! Fest steht:

Wie damals vom Deich aus ins Land zu blicken, darauf zu warten, dass die Katastrophe vorübergeht in der Hoffnung, auf diese Art die Krise übersehen zu können: das wird nicht reichen! Das Hochwasser damals hat man mit Sandsäcken bekämpft. Zukünftigen Katastrophen dann mit höheren Deiche vorgebeugt. Genossinnen und Genossen: Die Sandsäcke von damals sind die Schutzschirme, die wir heute fordern. Die höheren Deiche sind die Wege in eine solidarische Gesellschaft.

Liebe Genossinnen und Genossen, über die letzten drei Jahre, mit dem DIALOG zum Leitbild und die Kommunalwahlforderungen haben wir an diesem nun vorliegenden Konzept intensiv gearbeitet.

So soll es auch jetzt wieder werden, wenn wir unser Wahlprogramm diskutieren und dann beschließen. Bis zu unserem nächsten Landesparteitag am 12. Juli werden wir nicht nur in unserer Partei, sondern mit Bürgerinnen und Bürgern, mit der Gesellschaft, mit Experten, Verantwortungsträgern, Vereinen und Verbänden, Gewerkschaften und Kirchen, mit Bürgerinitiativen eine intensiv über unser Wahlprogramm, über dessen Schwerpunkte und Schlüsselvorhaben debattieren. Wie das Leitbild wird sich sicher auch das Wahlprogramm in dieser Debatte noch verändern. Es wird dann hoffentlich - wie das Leitbild - besser, klüger, präziser, wirksamer werden. Darum geht es!

Wir werden von Ende Mai bis Anfang Juli vier zentrale Gesprächsrunden in Potsdam durchführen, die Kompetenz aus dem Land bündeln, Ideen von überall her zusammen tragen, abwägen und verarbeiten. Aber der gesellschaftliche Dialog zum Wahlprogramm, liebe Genossinnen und Genossen, der findet durch uns alle überall in Brandenburg statt! Wo immer wir täglich mit Bürgerinnen und Bürgern reden.

Aber auch vor Ort geht es uns darum, eben nicht einfach nur zu reden, wenn sich die Gelegenheit ergibt - sondern auch darum, Gelegenheiten für offene Gespräche zu schaffen, interessierte und engagierte Leute anzusprechen und sie miteinander ins Gespräch zu bringen.

Liebe Genossinnen und Genossen - reden wir also über Brandenburg! Reden wir darüber, was hier getan werden muss - und kann! Über das, was geschehen ist, was schief gelaufen ist - darüber ist viel gesagt und geredet worden. Jetzt geht es darum, was daraus folgt. Unsere Vorschläge liegen auf dem Tisch. Jetzt geht es darum wie sie auch umgesetzt werden können. Es geht darum, wie Brandenburg das bewahrt, was es lebenswert macht und wie daran alle teilhaben können. So, dass es für jeden, der hier leben möchte, eine Zukunft gibt. Darauf achten die Menschen.

Uns geht es um eine neue Politik für Brandenburg. Und darum, wie wir sie umsetzen wollen. *Wie* und *mit wem*.

Zuallererst braucht es dafür die Zustimmung und das Mittun von Wählerinnen und Wählern, nicht nur, aber auch am Wahltag.

Liebe Genossinnen und Genossen,

die CDU ist in eine völlig andere Richtung unterwegs. Sie will ein anderes Land. Die CDU will weder einen gesetzlichen Mindestlohn noch ein Vergabegesetz. Und mit ihr wird es auch keine Gemeinschaftsschule und keinen sozial gerechten Zugang zu Bildung geben. Null Chancen haben eine armutsfeste Kindergrundsicherung und der konsequente Vorrang für neue Energien bei dieser christlichen Partei.

Und damit liegt es doch auf der Hand, dass die SPD gefordert ist, glaubwürdig zu machen, wie und mit wem sie im Ernstfall ihre Versprechen auch umsetzen will. Egal, liebe GenossInnen, *wir* werden nicht dafür gewählt, wie wir die SPD einschätzen, was wir gut und was wir schlecht finden. Nach zwei Jahrzehnten Regierung kommen die Leute schon selber drauf, bei ihr nachzufragen. Da bin ich sicher.

Also, wir haben nur eine Aufgabe: So stark zu werden, dass niemand an DER LINKEN vorbei kann: nicht an unseren Ideen, an unseren Vorschlägen, nicht an unseren Konzepten. Auch die SPD nicht. Das wäre ein großer Schritt in Richtung solidarisches, sozial gerechtes Brandenburg.

Wir aber werden auf unsere Art sachlich und kompetent für unsere Themen und Ideen um Zustimmung werben! Beharrlich und konkret. sein. Lasst uns im öffentlichen Dialog und im heißen Wahlkampf dafür sorgen, dass unser Programm nicht nur der Wunsch unserer Partei ist, sondern die Wünsche, Forderungen und Anliegen der Brandenburgerinnen und Brandenburger bündelt.

Wo immer auch Andere stehen, auf morgen vertrösten, erneut ankündigen und versprechen, werden wir da sein und fragen: Und, was macht ihr? Wie werdet ihr handeln? Wann und mit wem? DIE LINKE sieht in der Krise und ihrer Bewältigung nicht irgendeine abstrakte Chance, die wir auch noch beschwören. Wir verharren aber auch nicht, so dass weiter Verunsicherung Raum greifen kann.

Nein, wir sehen die jetzige Krise als drängende Herausforderung zum Wandel, zu nachhaltiger Veränderung! Wir wollen einen politisch bewusst gestalteten Wandel, hin zu einem sozialeren, solidarischen, ökologischen Brandenburg.

Die Arbeit, ja das Kunststück besteht nun darin, Wählerinnen und Wähler davon zu überzeugen und sie zur Unterstützung zu gewinnen.

Nicht Stimmenthaltung, und auch nicht

Die Wahl des kleineren Übels ist die Antwort sondern die bewusste, aktive Entscheidung für eine konsequente Alternative!

Konsequent für das Original!

Das soziale Brandenburg – wählt rot!!

Rede des Vorsitzenden der Bundestagsfraktion DIE LINKE

Gregor Gysi

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, wertige Gäste,

zunächst muss ich doch darüber nachdenken, dass das schon ein kleines Wunder ist, dass Heinz Vietze in Brandenburg als Gast begrüßt wird.

Das hätte ich mir zumindest vor ein paar Jahren noch nicht vorstellen können.

Zweitens möchte ich aber ganz anders beginnen.

Ich möchte zunächst einmal allen, die heute auf die Liste der Vertreterinnen und Vertreterversammlung die die Bundestagswahl gewählt worden sind ganz herzlich gratulieren und ich möchte auch nachträglich auch allen die auf die Liste für die Landtagswahl gewählt worden sind, ganz herzlich gratulieren. Die Wahl auf solche Listen ist wichtig, aber reicht bekanntlich nicht, man muss dann noch zur Wahl gehen und dann Stimmen holen und darüber möchte ich nachher auch noch reden. Ihr habt zwei Spitzenkandidatinnen gewählt, nämlich für die Landtagswahl Kerstin Kaiser und für die Bundestagswahl Dagmar Engemann und ich möchte beiden herzlich und persönlich mit Blumen gratulieren und nicht nur das, sondern dann werde ich mich mit beiden hier vorne fotografieren lassen, weil wenn ich dazwischen stehe, sehen sie auch beide besser aus. Das heißt, das kann auch helfen.

(Gratulation von Gregor Gysi)

Jetzt sprechen wir über in ganz anderes Thema, nämlich über die Entwicklung unserer Partei seit 1990.

Es gibt ja bei uns auch so gewisse Zeichen des Missmuts und andere Dinge, die ich auch alle gut nachempfinden kann. Aber es liegt auch daran, dass wir uns so wenig vor Augen führen, welchen Weg wir eigentlich mit welchen gewaltigen Schwierigkeiten seit nun mehr als 19 Jahren zurückgelegt haben. Vielleicht könnt ihr euch noch erinnern, wie wir im Dezember 1989 begonnen haben. Wie viel historische Chancen wir uns damals selbst eingeräumt haben. So gut wie keine. Wie wir behandelt worden sind von den Medien und von vielen anderen. Von allen anderen Parteien. Es war die ständige permanente ausschließliche Ausgrenzung, etwas anderes hat es überhaupt nicht gegeben. Und dann haben wir Schritt für Schritt unsere Akzeptanz in den neuen Bundesländern erweitert. Schritt für Schritt, weil wir bestimmte einzigartige Politikrichtungen hatten, die die anderen niemals vertreten haben. Das bedeutete aber keineswegs, wenn wir unser Wählerklientel erweitert haben, dass wir auch unsere Mitgliederklientel erweitert haben. Eines der großen Schwierigkeiten unserer Partei - ich darf euch daran erinnern -, bestand darin, dass wir von vielen Leuten gewählt wurden, die sich nie bei uns organisierten. Wir sollten deren Interessen vertreten, ohne dass sie uns überhaupt sagten, welche sie haben. Ich sage mal, ein großer Teil der Beamtinnen und Beamten hat uns gewählt, aber wie viele waren davon in unserer Partei organisiert, eine Handvoll. Ich weiß in Berlin und auch in anderen neuen Bundesländern wählten uns ein Drittel der Besserverdienenden. Das waren auch Unternehmerinnen und Unternehmer. Aber sie haben sich ja bei uns so gut wie nicht organisiert. Unterdurchschnittlich waren wir komischerweise bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, was sich inzwischen auch wieder geändert hat. Also ich will nur auf die Kompliziertheit, die kulturelle Kompliziertheit der Strukturen hinweisen. Und dann gab es ein Problem, das

konnten wir nicht lösen. Wir fanden keinen Anklang in den alten Bundesländern, und selbst als es mir Schritt für Schritt gelungen ist, dort etwas mehr Akzeptanz zu erreichen, habe ich sie aber nur für die Person erreicht, aber nicht für die Partei. Man traute den Leuten hinter mir nicht. Warum auch immer. Weil ein entsprechende Medienbild aufgebaut wurde und vor allem weil sich folgendes als wahr herausgestellt hat: Honecker wollte immer, dass ihr euch der Mongolei enger verbunden fühlt als der Bundesrepublik Deutschland. Das hat der nicht geschafft. Und Kohl wollte immer, dass seine Bürgerinnen und Bürger jeden Tag eine halbe Stunden an die Schwestern und Brüder in der DDR denken - hat der auch nicht geschafft. Sondern, da gab es eine neue Generation, denen war Italien, Frankreich, Großbritannien, selbst die USA viel näher als die DDR. Das heißt, wenn ich in Bayern sprach, sprach ich so wie einer von einer westpolnischen Partei. Also von einer Art ausländischen Partei. Na, bis Bayern eine westpolnische Partei wählt, das braucht aber seine Zeit, kann ich euch sagen.

Das heißt, das war ein ungeheuer schwieriger Vorgang. Und dann ist über eine bestimmte Politik, die SPD und Grüne eingeleitet haben, in der Bundesrepublik Deutschland das erste Mal nach 1949 - hat es noch nie gegeben - ein nennenswerter Wunsch entstanden, eine Partei links von der Sozialdemokratie zu etablieren. Es gab immer schon solche Parteien, aber sie hatten noch nie einen nennenswerten gesellschaftlichen Wert. Und die Grünen - was mir ab und zu gesagt wird - sind nicht eine solche Partei. Die soziale Frage stand nie in ihrem Mittelpunkt. Sie waren eine Emanzipationspartei, das ist etwas ganz anderes. Und deshalb ist uns jetzt etwas gelungen, woran wir doch selber gar nicht mehr geglaubt hätten, dass wir Schritt für Schritt zu einer bundesdeutschen Partei werden, relevant auch in Bayern, relevant auch in Schleswig-Holstein, in Hamburg, in Bremen, in Hessen, in Niedersachsen usw. Aber das hätten wir nie alleine geschafft. Das liegt daran, dass wir mit der WASG zusammengegangen sind, dass wir uns vereinigt haben. Das liegt natürlich auch an einem Mann wie Oscar Lafontaine, der die Vorbehalte von uns wegen unserer östlichen Herkunft doch ziemlich abgebaut hat, Anders konnte das Ganze gar nicht funktionieren. Und ich sage das nur, weil mir manche zu wenig Geduld haben. Wir sind in einem Vereinigungsprozess - das ist doch kein einfacher Prozess, wenn man ihn fair organisiert. Ja, wenn man ihn als Beitritt organisiert, wie die anderen, dann geht das ratzbatz, weil der Andere gar nichts mehr zu sagen hat. Aber so können wir das doch nicht organisieren. Und jetzt verändern wir natürlich auch unseren Charakter. Wir waren eine regionale Ostpartei im Kern, jetzt sind wir eine bundesdeutsche Kraft und natürlich haben wir noch Diskussionen über unsere programmatische Ausrichtung, Natürlich gibt es bestimmte Erscheinungen, die nicht unbedingt nur Spaß machen. Aber ich möchte doch mal appellieren an Euch, diesen Erfolg zu sehen, den auch auszustrahlen. Wer hätte denn 1990 daran gedacht, dass wir uns ein Wahlergebnis von 10 + X wünschen, bundesweit und dass das eine durchaus reale Vorstellung ist, die wir erreichen können. Also jetzt finde ich, solltet ihr auch mal ein bisschen stolz darauf sein und danach können wir ja kritisieren und uns alles Mögliche an die Köpfe werfen.

Was haben wir jetzt unter anderem für ein Problem? Wir haben ein Problem mit unserem Pluralismus. Er ist wichtig. Wenn wir den beseitigten, spielten wir politisch keine Rolle. Ich sage Euch, jede einzelne Arbeitsgemeinschaft, die wir haben, jede einzelne Plattform, jede einzelne Strömung, wo euch die eine näher liegt, die andere weiter weg, das ist mir aber erst mal wurscht.

Würde nur diese einzelne Plattform oder die einzelne Strömung existieren, hätte sie gesellschaftlich keine Relevanz. Keine, keine einzige von denen. Die wären alle, wenn sie einzeln antreten, unter 5 % und hätten keinen gesellschaftliche Bedeutung. Wenn man das einmal im Kopf begriffen hat, dann weiß man, dass es in Essen auch ein Missverständnis gab.

Pluralismus bedeutet nicht - wer gewinnt gegen wen, sondern Pluralismus bedeutet, darüber nachzudenken, was kann auch die andere Strömung so gerade noch ertragen. Wenn ich etwas mache,

was die nicht ertragen können, schade ich auch mir selbst. Selbst wenn ich deren Sicht nicht teile. Pluralismus ist nicht einfach dulden, dass es was verschiedenes gibt, sondern es wollen! Da brauchte ich übrigens auch meinen Weg für. Es war nicht so, dass ich von Anfang an so gedacht hätte. Aber inzwischen habe ich es begriffen. Jetzt müssen wir es alle begreifen. Das heißt, ich will auch die Strömungen mitnehmen. Das ist doch eine bescheidene Anforderung, oder. Wenn es den Nachweis gibt, dass einer kann, dann können es auch alle. Also, was ich damit sagen will, wenn wir nicht begreifen, dass wir auch die brauchen, die dir oder mir oder ihm nicht ganz so politisch nahe stehen, dann sind wir innerlich dabei, den Pluralismus zu zerstören. Und genau das können wir uns überhaupt nicht leisten. Wenn ich aber sage, es geht nicht um Gewinner oder Verlierer, deshalb auch mein Engagement zum Beispiel beim Entwurf des Bundestagswahlprogramms, um einen Ausgleich herzustellen. Jetzt hoffe ich auch, dass es breite Zustimmung findet. Da stehen natürlich auch dreieinhalb Sätze bei, die ich gerne anders formuliert hätte. Und dreieinhalb Sätze, die ein anderer gern anders formuliert hätte, aber Pluralismus besteht darin zu sagen, o.k. damit kann ich leben, das ist in Ordnung, damit kann ich aktiv werden, so kann ich vor die Bürgerinnen und Bürger treten. Ein Wahlprogramm ist übrigens nie ein Parteiprogramm. Auch so ein Missverständnis. Es geht nicht um ideologische Selbstbefriedigung, sondern es geht um ein Dialogpapier an die Bürgerinnen und Bürger, die Verkäuferin. Der Stahlarbeiter, auch der Intellektuelle und der Arbeitslose müssen verstehen, was wir eigentlich sagen wollen und dann darüber mit uns diskutieren. Das ist die eigentliche Aufgabe, die wir hinkriegen müssen. Was wir auf gar keinen Fall sein dürfen, ist eine Strömungspartei. Es geht nicht darum, dass die eine Strömung irgendwann gewinnt über die andere Strömung, das wäre immer auch eine Niederlage für die Gewinner. Selbst wenn sie es heute noch nicht wissen. Sondern es geht darum, dass wir uns anders verstehen. In erster Linie sind wir alles Mitglieder der LINKEN. Punkt – und dann kommt lange nichts, dann sind wir Mitglieder eines Landesverbandes, dann noch einer Kreisorganisation und erst danach kommt, dass ich noch irgendeiner Strömung angehöre oder nicht. Und ich freue mich ja, dass so viele zum Zentrum gehören, aber denen sage ich – ihr müsst euch auch mal treffen, so geht es nun auch nicht. Ich weiß auch nicht wie man das macht, aber irgendwie kriegen wir das schon hin, denke ich mir.

Also ich glaube, wir sind da auf einem guten Weg. Wenn wir ein Jahr weiter wären oder zwei, würde ich mich freuen.

Und nun sage ich was zum Unterschied Ost/West. Das ist doch alles nachvollziehbar, Wenn man sich nicht hinstellt und sagt, im Kern habe immer ich Recht und warum denken die anderen anders. Also ich verstehe solchen Gedankengang, so ist das nicht, aber er ist doch nicht richtig. Und wenn man das weiß, dann muss man sich die Situation vor Augen führen. Wogegen haben wir denn im Osten gekämpft. Wir haben z.B. gegen unsere Ausgrenzung gekämpft. Das kann doch sein, dass wir da auch mal einen Schritt zu weit gegangen sind, vielleicht haben wir uns an irgendeiner Ecke auch mal zu sehr angepasst. Mein Gott, das ist doch kein Unglück. Bei den Kämpfen, die wir geführt haben. Ich höre mir solche Kritik gerne an. Natürlich die anderen Linken in den alten Bundesländern waren immer ausgegrenzt. Wenn du ausgegrenzt bist und keine Chance hast, das zu überwinden, erklärst du alles, was mit Ausgrenzung zu tun hat, für edel. Willst ja auch nicht jeden Tag unzufrieden sein. Also sagst du nicht im Parlament, ist schon mal doll. Na klar kommst ja eh nicht rein. Also sagst du dir, jetzt fange ich an, das zu huldigen.

Mein Gott, ist doch auch nicht so schwer zu verstehen, was da für Strukturen entstanden sind. Was passiert jetzt? Jetzt ziehen sie ein in den Landtag und haben natürlich alle Probleme, die damit verbunden sind. Die sind doch für die neu. Und wir sind natürlich auf einem anderen Level. Wir kämpfen hier immer von Prozentzahlen, von denen die gar nicht träumen können. Aber es ist ein Unterschied, sie sind keine Ein-Partei mehr. Sie sind eine Fünf- bis oder Vier- bis Acht-Prozent-

Partei. Ein gewaltiger Unterschied. Aber es sind natürlich keine 25 %.

Das ist eine andere Zuständigkeit. Das erfordert ein anderes Denken. Ich habe immer gesagt, wenn ich der Vorsitzende einer Ein-Prozent-Partei wäre, wüsste ich schon, welche Minderheiten ich angehe, um eine Zwei-Prozent-Partei zu werden, oder drei Prozent. Das ist eine ganz andere Thematik. Wenn ich der Vorsitzende einer Sechs-Prozent-Partei wäre, müsste ich mir überlegen, wie mache ich sieben oder acht Prozent. Wieder eine völlig neue Thematik. Aber wenn ich der Vorsitzende einer 25 oder 26-Prozent-Partei bin, muss ich mir überlegen, wie ich auf 30 Prozent komme. Das ist überhaupt keine Frage, die mich nichts angeht. Ist ja auch nervend. Dadurch beantwortet ihr natürlich Fragen, die man sich in der Linken in den alten Bundesländern noch gar nicht stellt. Weil die Fragen an sie noch gar nicht herangetragen wurden.

Und trotzdem gibt es dort natürlich auch Herausforderungen. Z. B. kandidiert jemand, er wird aufgestellt und bis dahin hat sich eine Ortszeitung ein Mal für ihn interessiert. Plötzlich sagt der einen schiefen Satz und wird im Bayrischen Rundfunk gemeldet, obwohl er aus Hessen kommt. Ja, das hat er noch nie erlebt. Und das jeden Tag. Ich habe zwar verzweifelte Gesichter gesehen, die damit verbunden sind. Ihr müsst euch überlegen, das sind alles völlig neue Strukturen, völlig neue Herausforderungen. So und nun kommen mit so unterschiedlichen Sichten die Leute auf dem Parteitag zusammen, na ja und da ballerts dann auch ein bisschen.

Wir brauchen jetzt eine Führung, die das versteht und ausgleicht, die sich als Führung aller Landesverbände versteht, Nicht etwa des einen oder des anderen.

Ich glaube, das ist ein wirklicher Vorteil von mir, dass ich gerne in Brandenburg auftrete, aber auch gerne in Hessen. Oder wenn ich beides nicht gerne mache, dann mache ich beides nicht gerne, aber aus inneren Gründen, das hat mit dem Parteitag nichts zu tun, weil ich grad zu faul bin oder so. Ein ganz anderes Motiv. Und ich glaube, dass wir diese Einstellung hinbekommen. Wir werden beides schaffen. Die Vereinigung voranzubringen und trotzdem erfolgreiche Wahlkämpfe zu führen. Denn das ist die Doppelaufgabe, vor der wir stehen, die nicht so leicht ist, wie sie aussieht.

Jetzt gibt es einige wenige, die gegangen sind oder auch noch gehen, Das ist in aller Regel – es gibt Ausnahmen – bedauerlich. Und zwar bedauerlich, weil es zeigt, dass irgendetwas im Gefühlsleben irgendetwas politisch, irgendetwas passiert ist, was eine Mauer gebaut hat, die man besser vermieden hätte. Das ist das eine, auf der anderen Seite kommt persönliche Enttäuschung, aber es kommt auch ein Mangel an Geduld hinzu. Eine Vereinigung läuft nicht so, dass ich nach einem Jahr das durchgesetzt habe, was ich mir vorgestellt habe. Es muss ja auch gar nicht richtig sein, sondern es ist ein langwieriger, komplizierter Prozess. Und andere, die in unserer Partei in der Minderheit waren, hatten mehr Geduld. Ein zweiter Gedanke. Die SPD ist bereit, unsere Mitglieder aufzunehmen. Das sah ja noch vor 10 Jahren ganz anders aus. Da hättest du ja lange anklopfen können. Da hätten sich schon alle Stimmen gemeldet, warum das gar nicht geht. Dass jetzt ein Parteivorsitzender eine Pressekonferenz dazu macht, na stellt euch das mal vor 10 Jahren vor, wäre ja völlig undenkbar. Natürlich auch wieder eine neue Situation. Das zeigt aber, wie die SPD am Ende ist. Denn wenn sie nicht unsere Mitglieder bekäme, bekäme sie ja gar keine mehr, das wäre ein Problem. Und ich sehe schon wie Spiegel online so prophezeit, wer so der nächste sein könnte u.s.w. Und nun sage ich Euch, wenn die alle aufschreiben würden, die bei uns aus der SPD eingetreten sind, dann könnten sie gar nichts anderes mehr melden und wären wochenlang voll. Das ist die Wahrheit und das gilt auch heute noch. Ich bin ganz sicher, nächste Woche treten mehr von der SPD bei uns ein als das umgekehrt überhaupt passieren kann. Aber ich möchte auch, dass ihr mehr Geduld an den Tag legt. Einige, die uns verlassen, fallen dann auch über uns her, so ist halt das Leben. Und jetzt sage ich euch mal ein positives Beispiel:

Hessen, die Wahl im Januar war wirklich ein spannender Vorgang, Was war passiert? Die ganze Konstellation der Frau Ypsilanti war doch an der SPD gescheitert, nicht an uns. Das habe ich dem Spiegel in einem Interview gleich zu Beginn gesagt. Nun waren sich alle einig. Und Herr von Donanie erklärte im Fernsehen, wir kommen nicht wieder rein. Punkt. Da gab es eine Schlacht aller Parteien und ich muss sagen, auch der Mediengegend. Dann gab es über 40, die ausgetreten waren, dass in derselben Zeit 700 eingetreten waren, das hat niemand gemeldet. Die 40 waren interessant und die waren nicht nur ausgetreten, sondern erklärten jeden Tag, warum man uns nicht wählen kann, immer ein anderer. Aber das hat ja durchaus Wirkung, so ist das ja nun nicht. Und da weiß ich noch, dass ich da im Wahlkampf war und ich sage das jetzt ganz offen, kaum jemand glaubte, dass wir einziehen. Du erliegst ja auch den Medien, die ja glauben, dass du es nicht schaffst. Dann kam Forsa und teilte mit, wir sind bei vier Prozent. Da ging die Stimmung ganz runter. Und irgendwie ab Mittwoch war ich ziemlich sicher, dass wir einziehen. Und zwar, weil unsere Gegner es überzogen hatten. Das ist auch interessant. Sie haben überzogen, weil sie jeden Tag in der letzten Woche ein ehemaliges Mitglied haben berichten lassen, warum man uns nicht wählen kann. Und ich merkte, dass die Leute es nicht mehr lesen und hören konnten und sie merkten, das Ganze ist doch ein Trick. Es ist je ein bisschen übel. Ich merkte, die Leidenschaft nahm zurück. Ich kenne Wahlkämpfe, wo du aus einer Wahlveranstaltung raus kommst und die haben es zur Kenntnis genommen und gehen wieder. Sie wählen dich vielleicht, aber sie überzeugen keinen zweiten oder dritten oder es herrscht Leidenschaft. Wenn Leidenschaft, Begeisterung herrscht, weißt du die quatschen mit ihren Nachbarn, Freunden oft mit ihren Angehörigen, den Kolleginnen und Kollegen und versuchen sie zu überzeugen. Da entstand Leidenschaft. Einen adäquaten psychologischen Fall erlebten wir bei Tempelhof und später auch beim Volksentscheid ProReli. Der Senat hatte zwei Plakate geklebt. Den Wettbewerb der hässlichsten Plakate der Erde, glaube haben sie gewonnen. Zwar ohne jede Aussage, farblich knochentrocken, ich habe mich furchtbar aufgeregt. Und ich habe gesagt: Was ist das alles, damit kann man doch keinen überzeugen. Tempelhof – TOP-Plakat. Aber sie begingen einen Fehler. Sie merkten – überlegen sie, der Senat hatte kein Geld und außer den beiden hässlichen Plakaten kam auch nichts mehr - und dann auch noch solche Hutzeldinger und die anderen riesig. Und wisst ihr, dann haben sie jede Woche neu plakatiert. Alles neu – und ich merkte, wie in Berlin die Stimmung kippte und in der letzten Woche sagten alle – die haben zuviel Geld. So wars. Und bei Ethik und Religion haben sie daraus einen Kulturkrieg gemacht, nicht wir – die anderen – und haben ihn verloren.

Auch deshalb, weil die Leute gesagt haben – so nicht. Auch interessant. Das gilt auch für Wahlkämpfe. Wir haben es in Hessen geschafft. Das war ein ganz wichtiges Ergebnis. Wenn sie gewonnen hätten und uns rausgeschrieben und gesendet hätten, hätte das Volk bis heute Demotivationsfolgen, die man bis heute gar nicht so schnell aufgehoben bekommen hätte. Und was mich dann wirklich gefreut hat ist, dass ich bei Hessen, auch in Thüringen, auch in Brandenburg, auch in Mecklenburg-Vorpommern wollten alle unsere Mitglieder, dass wir das schaffen. Da habe ich das erste Mal gesagt, wir sind einen Schritt weiter bei der Vereinigung. Sie wollten es! Ich kann mich an Landtagswahlergebnisse vorher erinnern, wo die Feuer im Parteivorstand in Berlin eher mäßig waren. Muss man ja auch der Ehrlichkeit halber sagen. Ergo sage ich, wir packen das, aber wir brauchen Geduld und wir müssen uns unserer eigenen Stärken bewusster werden. Wenn man was erreichen will, muss man darüber reden. Und ich will, dass jeder östliche Landesverband ständige Kontakte zu ein, zwei oder drei westlichen Landesverbänden aufbaut. Ihr könnt unterschiedlicher Auffassung sein, das ist alles gar nicht wichtig, es muss die ständige Kommunikation geben, das ist eine Voraussetzung, wenn wir uns in jeder Hinsicht vereinigen wollen. Und da muss man einfach durch. Es gibt keinen Weg, übereinander zu reden, hilft hier überhaupt nicht weiter. Man muss miteinander reden, Dass es funktioniert, beweist ja die Bundestagsfraktion, beweist übrigens auch

die Entscheidung von heute Vormittag, denn diejenigen, die im Bundestag waren, haben hier alle ein sehr gutes Ergebnis bekommen, was ja dafür spricht, dass ihre Arbeit entsprechend anerkannt wird, auch hier in Brandenburg.

Jetzt haben wir in drei Wochen Europawahlen. Und bei Europawahlen ist die Schwierigkeit, die Leute zu mobilisieren. Aber wir müssen das versuchen, wir müssen sie für die Wahlen begeistern.

Erstens weil das europäische Parlament wichtiger geworden ist und zweitens weil es natürlich auch ein wichtiges Signal ist für das, was wir bei der Bundestagswahl erreichen können.

Wie hat sich Europa entwickelt wieso ist die Europäische Union so wichtig? Und alle Thesen, dass wir ein gestörtes Verhältnis zu Europa haben, ist wirklich Quark, das muss ich hier mal ganz klar sagen. Wir wollen die Europäische Union, und zwar aus zwei Gründen brauchen wir sie dringend:

Wenn man die Europäische Union will, dann muss sie doch so konstruiert sein, dass die Bürgerinnen und Bürger mit ihr keine Ängste verbinden, sondern ganz im Gegenteil sie als ein Hort der Wohlfahrt erleben. Genau das ist nicht der Fall. Ihr erinnert euch an die Dienstleistungsrichtlinie, überhaupt an das europäische Recht. Das ist ja auch so ein spannender Vorgang. Was passiert denn da, wie kommt das denn überhaupt zustande? Das europäische Recht. Da findet doch ein übler Trick statt. Die Bundesregierung oder die französische Regierung oder die britische Regierung, wenn die meinen etwas in ihrem nationalen Parlament durchsetzen zu können, dann telefonieren die miteinander, ob sie daraus nicht Europarecht machen. Und dann steht es plötzlich da und wir denken, es kommt von Gott. Haben alle vergessen, dass die Bundesregierung immer zugestimmt haben muss, sonst wäre es kein europäisches Recht? Und jeder Bürgermeister, unsere natürlich nicht, aber die anderen, sagen ihren Bürgerinnen und Bürgern immer bei der Hälfte, das geht leider nicht, weil das europäische Recht dem widerspricht. In der Hälfte der Fälle, wo sie das sagen stimmt's, in der anderen Hälfte ist es frei erfunden. Aber die Bürgerinnen und Bürger können das ja so schnell gar nicht auseinander halten. Und dann hat der Europäische Gerichtshof auf der Grundlage dieses europäischen Rechts Urteile gefällt, die von den Konsequenzen her so gut wie nicht hinnehmbar sind. Sie haben z.B. den finnischen Hafentarif den Streik verboten. Sie haben z.B. entschieden, dass das VW-Gesetz in Deutschland kein Bestand haben kann, zuviel Mitbestimmung. Wir haben z.B. entschieden, dass Aufträge der öffentlichen Hand, also von Königs Wusterhausen oder von Berlin oder von Brandenburg oder des Bundes nicht an Tarifverträge geknüpft sein dürfen. Auch nicht an Tariflöhne. Jetzt haben sie sogar gesagt, nicht mal an die Existenz eines Arbeitsvertrages darf das Ganze gebunden sein. Na, das ist doch abenteuerlich. Es bringt doch nichts, dass wir den Europäischen Gerichtshof beschimpfen, sondern wir müssen das europäische Recht verändern und dazu brauchen wir eine Lobby und dafür müssen wir streiten in diesem Europawahlkampf. Der Vertrag von Lissabon, sie behaupten ja weil wir ihn kritisiert und nicht für ihn gestimmt haben, seien wir antieuropäisch. Ich behaupte, wer für ihn stimmt ist antieuropäisch. Ich werde euch das auch begründen. Ich sage euch nur zwei Sachen: Das eine ist Artikel 42 der Regel, dass die Verteidigungsmacht Europas und der Europäischen Mitgliedsländer zu stärken ist. Der regelt Aufrüstung, nicht etwa Abrüstung. Davon steht da nirgendwo was drin. Eingreiftruppen, alles soll zusätzlich zur NATO, zusätzlich zu den Nationalen Streitkräften, nicht immer stattdessen, sondern immer alles obendrauf. Das ist das eine und das zweite, im Artikel 63 ist geregelt, dass Finanzgeschäfte zwischen den Mitgliedsländern und zwischen den Mitgliedsländern und dritten Staaten nicht der geringsten Regulierung unterliegen dürfen.

Das ist klares Recht aus der Zeit des neoliberalen Zeitgeistes. Ich wundere mich, dass bei dem, was die SPD so alles vorschlägt, die müssten ja wenigstens mal vorschlagen, den Artikel 63 zu ändern. Das geht ja überhaupt gar nicht mehr. Lest den einmal genau, den Artikel und denkt mal für die

heutige Zeit, So, und da gibt es natürlich noch viele andere Sachen, die wir kritisiert haben, aber ich will nicht auf alle eingehen. Deshalb sind wir ja zum Bundesverfassungsgericht gegangen. Das Bundesverfassungsgericht, hat zwei Tage verhandelt. Das ist wirklich eine Geschichte des Bundesverfassungsgerichtes selbst. Ich will nicht behaupten, dass es noch nie vorgekommen ist, vielleicht ist es schon vorgekommen, aber wirklich sehr, sehr selten. Also einen halben Tag oder einen Tag, aber zwei Tage, das ist außergewöhnlich. Und es wurden sehr strenge Fragen gestellt. Nun wissen wir, dass sie höchstwahrscheinlich ihr Urteil nicht mehr vor der Europawahl verkünden, sondern erst danach. Das spricht dafür, dass wir gute Argumente vorgetragen haben. Denn wenn sie nur sagen, alles unbegründet, das hätten sie sicher schon vorher erklärt. So politisch sind sie auch. Vielleicht verlangen sie ein Vorschaltgesetz, ich weiß nicht, wir werden es sehen. Aber hinterher im Bundestag weiß ich, dass wir die Einzigen waren, die die Bedenken formuliert haben neben ein paar Einzelabgeordneten und dass die anderen Fraktionen ja alle klüger waren und meinten, es ginge genauso in Ordnung wie es da drinstünde, obwohl wir das zu Recht kritisierten. Also auch dafür müssen wir die Leute gewinnen.

Es gibt europäische Themen, mit denen wir auf die Straße gehen. Man kann Arbeitslosigkeit europäisch bekämpfen und vor allem brauchen wir eins, wenn wir eine Binnenwährung haben, wir haben nicht in allen EU-Mitgliedsländern eine Binnenwährung, aber in vielen haben wir eine Binnenwährung, dann haben wir einen Binnenmarkt. Wenn wir einen Binnenmarkt und eine Binnenwährung haben, keine Steuerharmonisierung einzuführen, sich nicht über soziale Mindeststandards, nicht über ökologische Mindeststandards, nicht über juristische Mindeststandards zu verständigen, ist abenteuerlich und führt zu den Entfremdungsprozessen. Ich sage das hier noch mal ganz klar, damit ich nicht missverstanden werde. Jeder rumänische Unternehmer kann nach Deutschland kommen, ich habe nichts dagegen. Das wisst Ihr ganz genau. Aber wir brauchen unter anderem gerade wegen der europäischen Union einen flächendeckenden Mindestlohn, weil wir hier keine rumänischen Löhne vertragen, denn wir haben keine rumänischen Preise. Wir haben eine völlig andere Struktur. Und wenn wir das nicht gewährleisten, so dass der Bäckermeister Angst hat, der Friseurmeister Angst hat, der Baubetrieb Angst hat, dann wählen die Leute auch rechtsextrem weil der Rechtsextremismus ihnen ja den alten Nationalstaat als Lösung anbietet. Und die, die uns immer kritisieren, sollen dankbar dafür sein, dass es eine linke Kritik gibt, die aber Europa will aber besser will als es heute und gegenwärtig ist.

Dann habt ihr eine Landtagswahl, dazu hat Kerstin gesprochen. Das muss ich selbstverständlich nicht wiederholen, will ich auch gar nicht. Das kann sie auch viel besser, denn da seid ihr mit dem Problem viel enger konfrontiert als ich. Aber ich möchte euch vor einer Sache warnen. Jetzt steht fest, welche Steuerausfälle es geben wird. Und die nächste Regierung wird keine Steuergerechtigkeit einführen. Und ich sage euch nach dem 27. September werden sie sagen wie die Rentnerinnen und Rentner, die Kranken, die Arbeitslosen usw. das Ganze Schritt für Schritt bezahlen werden, auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Was wird die SPD in Brandenburg machen. Egal wie sie abschneiden. Sie wird sich nach der Wahl hinstellen und sagen, wer ist bereit bei uns den notwendigen Sozialabbau vorzunehmen, damit wir die Steuerausfälle einigermaßen ausgleichen können. Sie werden sich nicht darauf einlassen, Bundesratsinitiativen für mehr Steuergerechtigkeit zu starten, sie werden auch nicht den Mut haben zu sagen, dann müssen wir uns mehr verschulden, das geht nicht, wir können das nicht bestreiten. Da müssen wir stur und konsequent sein. Das will ich hier auch ganz klar sagen. Da müssen wir stur und konsequent sein und sagen, Sozialabbau kommt mit der LINKEN nicht in Frage. Denn wenn sie das mit uns machen würden, wenn wir uns darauf einließen, können wir ja sehr realpolitisch sein oder sonst was, aber wir verlieren unseren Wert, weil wir stehen gerade für die soziale Frage. Deshalb steht die SPD vor der Wahl. Will sie

wirklich eine Sozialpolitik, will sie sogar mehr soziale Gerechtigkeit, dann mit uns? Oder will sie abbauen, dann mit der Union.

Das müssen wir klarmachen. Niemals selbstverliebt sein, niemals sagen regieren ist wichtiger als alles Andere, alles Quatsch. Wir machen das eine oder das andere. Wir machen das ausschließlich abhängig von inhaltlichen Gesichtspunkten. Und die müssen klar benannt werden und darum bitte ich Euch.

Und das muss dann auch Herr Platzeck verstehen. Und die sind doch in einem Mehltau. Die sind doch irgendwie am Ende. Die sind doch so lange schon zusammen Union und SPD, dass sie ja auch regelmäßig verloren haben. Ich hoffe, dass das diesmal wieder passiert. Ja, das sage ich ganz klar. Ich meine, ich weiß doch dass wir in Europa auch eine Sozialdemokratie brauchen, aber ich sage euch nur über unseren Erfolg und über deren Niederlage besteht überhaupt eine Chance, dass aus der SPD wieder eine Sozialdemokratie wird. Davon ist sie ja meilenweit entfernt zurzeit.

So, nun komme ich zur Bundestagswahl. Für die Bundestagswahlen muss es uns gelingen, herauszuarbeiten, wo wir einzigartig sind. Wo wir anders herangehen als die anderen Parteien. Neoliberale Fraktionen haben wir schon genug im Bundestag. Wir brauchen keine fünfte. Wenn wir so ähnlich werden wie die anderen, dann ist es sinnlos. Die SPD muss inhaltlich auf uns zukommen. Übrigens auch die Grünen. Wo sind wir eigentlich? Fängt an bei den Kriegen. Wir haben ja jetzt die humanitären Interventionen. So ein aberwitziger Gedanke, dass ein Krieg humanitär sein kann. Wir sind die einzigen die nein sagen zum Krieg und ich glaube, dass man beweisen kann, dass der Krieg niemals wirksam Terrorismus bekämpft, sondern umgekehrt, dadurch, dass er Hass erzeugt, die Bereitschaft zu neuem Terror entstehen lässt. Das ist eine Spirale der Gewalt. Im übrigen ist Krieg immer die Höchstform von Terrorismus. Deshalb erzeugt er auch neuen Terrorismus. Also wir sind die einzigen, die dazu entschieden nein gesagt haben, egal ob es in Jugoslawien, Afghanistan und sonst wo ist. Die anderen sagen alle ja. Sie haben alle schon zu völkerrechtswidrigen Kriegen ja gesagt. Ich erinnere nochmals daran, die Bombardierung Belgrads war völkerrechtswidrig. Jugoslawien hatte kein anderes Land angegriffen. Das muss man ganz klar sagen. Was haben sie mich beschimpft als ich damals nach Belgrad gefahren bin und ich darf euch daran erinnern, ich war schon zwei Jahre vorher in Belgrad. Da habe ich mit der ganzen Opposition gesprochen. Da hat die Opposition zu mir gesagt: Ja. Milosevic wird gerade wieder von allen Regierungen unterstützt. So war's nämlich. Es hat keiner mit denen geredet, aber ich. Aber als dann Belgrad bombardiert wurde, da habe ich auch mit ihm geredet, weil ich ihm gesagt habe, sie könnten jetzt einen klugen Schritt gehen. Das habe ich auch dem Obermulla in Belgrad und dem Patriarchen gesagt: Der kluge Schritt bestände darin, dass sie sagen, sie haben die Situation im Kosovo nicht mehr im Griff und bitten deshalb um UN-Truppen. Was soll denn die UNO machen, hätten sie nein dazu sagen sollen? Das wäre vielleicht eine Niederlage für Frankreich, Deutschland, für die USA für Großbritannien etc. Ja, aber er wollte ja nicht. Aber der Patriarch, der hat das verstanden und akzeptiert und hat deshalb was ganz ungewöhnliches eine orthodoxe Kirche gemacht. Ich will das gar nicht alles überbewerten. Ich will nur sagen, wir waren immer an der Seite derer, die für Frieden gestritten haben und wollten nie Krieg als Lösung weil Krieg keine Lösungen bringt. Abgesehen von unzulässigen Vergleichen, die in solchen Fällen dann auch immer wieder gezogen werden. Das zeichnet uns aus. Wir müssen also unsere Friedensfähigkeit im Bundestagswahlkampf betonen.

Das zweite ist die Finanzkrise.

Erstens glaubt leider die Bevölkerung, dass die Finanzkrise mit der Regierung nichts zu tun hat. Die Krise wird ja so dargestellt, als aus den USA kommend und alle anderen sind unschuldig. Aber was ist die tiefere Ursache der Finanzkrise. Tiefere Ursache ist eine gigantische Umverteilung von unten

nach oben. Die hat es in den letzten zehn Jahren auch in Deutschland gegeben wie in den Vorjahren zu keinem Zeitpunkt. Der ganze Einkommensanstieg fand zu 20 Prozent bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern statt und zu über 70 Prozent waren das Einnahmen aus Unternehmenstätigkeit und Vermögen. Hatte es bis dahin noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik gegeben. 1, 5 Billionen beträgt das Privatvermögen von einem Prozent der Bevölkerung, von 820 000 Menschen und über 22 Millionen Menschen besitzen gar nichts oder haben Schulden. Das ist die Kehrseite der Medaille. Das ist die tiefere Ursache der Krise.

Zweite Ursache ist, dass es kein Primat der Politik mehr gibt. Weder über die Wirtschaft geschweige denn über die Finanzwelt. Sie haben doch die ganze Deregulierung organisiert. Und es tut mir leid, das hier sagen zu müssen, das war die Regierung Schröder/Fischer. Der Kohl war da noch konservativer. Da gab es noch andere Regelungen. Da haben sie eine Kleinigkeit geändert. Ich kann mich noch sehr genau an die Bundestagssitzung erinnern. Da haben sie geändert, dass früher die Deutsche Bank, also alle Kapitalgesellschaften, wenn sie was verkauften und sie bekamen einen Kaufpreis, auf den Kaufpreis eine entsprechende Steuer zu bezahlen hatten. Und wenn der Bäckermeister etwas verkauft hat, dann musste der auf den Kaufpreis nur den halben Steuersatz bezahlen. Und die sozialdemokratische Reform bestand darin, dass der Bäckermeister das Doppelte bezahlen musste und die Deutsche Bank gar nichts mehr. Das war die Einladung an alle Hedge-Fonds. Weil die hier kaufen und verkaufen können sooft sie wollen. Sie müssen nie ein halbes Prozent Steuern bezahlen.

Und die große Koalition hat das nicht wieder eingeführt. Erst bei dieser Regierung wurden Hedge-Fonds, Zweckgesellschaften, Leerverkäufe, ich will das jetzt alles gar nicht nennen, weil ich sonst meine Zeit weit überschreite, ich will's nur sagen. Wir können da argumentieren. Wir sind die einzigen, die dort andere Lösungen vorschlagen. Bevor wir eine andere Lösung vorschlagen, gibt es drei Schritte einzuhalten.

Das erste, was man machen muss, ist die Finanzwelt zu regulieren. Sonst hat eine Änderung des Eigentums keinen Sinn. Zweitens ist dann, die Banken zu vergesellschaften. Ich begründe das auch gleich.

Und das Dritte ist, dann erst kann man die so genannten unterschiedlichen Fonds bilden für schlechte Papiere und für gute Papiere und für einen Ausgleich sorgen. Warum brauchen wir die Vergesellschaftung? Aus einem ganz einfachen Grund, nicht aus einem ideologischen, alles Quatsch. Aus einem ganz einfachen – die Banken misstrauen sich. Es findet kein normaler Kapitalverkehr statt. Weil die sagen, ich weiß ja nicht, ob die in den nächsten sechs Monaten in die Insolvenz gehen. Wäre die Bundesrepublik Deutschland Eigentümer, wüssten die, die geht nicht in sechs Monaten in Insolvenz. Ein Staat ist erst insolvent, wenn seine Einnahmen geringer sind als seine Belastungen. Das ist so schnell nicht hinzukriegen. Das heißt, weil sie wissen, dass die Bundesrepublik nicht in Insolvenz geht, kriegt der staatliche Eigentümer billiger Kredite. Wenn er aber schneller und billiger Kredite bekommt, dann kann er auch schneller und billiger Kredite an die Realwirtschaft und an die Bürgerinnen und Bürger geben, so einfach ist das. Schwedisches Modell, nicht DDR.

Übrigens ist die DDR an vielem eingegangen, aber nicht an ihren Banken. Auch Unsinn, was da erzählt wird. Aber Schweden hat es so gemacht, ein kapitalistisches Land. Und dann haben sie reprivatisiert, zum Teil, zum Teil haben sie nicht reprivatisiert, aber wenn sie reprivatisiert haben, dann erst, nachdem die Gewinne alle Steuerzahlungen mit den üblichen Zinsen wieder zurückgebracht haben. Genau das lehnt die Bundesregierung ab.

Bei dem Verstaatlichungsgesetz HRE war unser einziger Änderungsantrag, aufzunehmen, dass die Reprivatisierung erst stattfinden darf, wenn durch sie gewährleistet ist, dass die Steuerzahlungen

zurückgeflossen sind. Sie haben es abgelehnt, warum denn? Sie hätten es ja selber formulieren können. Sondern Sie schreiben schwammig nur, wenn nachhaltig stabilisiert ist, was heißt denn das? Wenn wieder Gewinne fließen. Und das heißt, alles, was sie machen – und das müssen wir deutlich machen – läuft darauf hinaus zu sagen, die Schulden werden sozialisiert. Die Bürgerinnen und Bürger werden das Ganze tragen. Und die Gewinne werden wieder privatisiert. Und zwar so schnell wie möglich. Und genau das ist indiskutabel und ist übrigens von Willi Brandt schon schwer kritisiert worden. Wir sind die einzigen die das beherrschen und auch so handeln. Die anderen lehnen das ab.

Ich habe noch zwei Sätze:

480 Milliarden Euro hat der Bundestag, die Mehrheit des Bundestages – innerhalb einer Woche beschlossen. Ich bitte Euch, 480 Milliarden Euro – da könntest du dein ganzes Leben zählen, selbst in 100-Euro-Scheinen wirst du nicht fertig. Es ist eine unvorstellbare Summe. Wenn ich da eine Millionen beantrage für ein Frauenprojekt, dann wird mir auf 4 Seiten erklärt, warum kein Geld da ist. Aber 480 Milliarden, geht in einer Woche. Keiner weiß genau, wie viel davon ausgegeben werden und wie viel nicht. Jetzt gehen sie schon von einer Neuverschuldung, neu – noch oben drauf auf die ohnehin geplanten – von 90 Milliarden in diesem Jahr aus. Ich sag das bloß, deshalb müsst Ihr den Regierenden sagen: Wer innerhalb einer Woche zur Rettung der Banken 480 Milliarden Euro zur Verfügung stellt, soll mir mit dem Argument bei wichtigen ökologischen, sozialen, kulturellen und bildungspolitischen Projekten, es ist kein Geld da, nicht mehr kommen. Dieses Argument hat sich damit erledigt.

Und das zweite ist, jetzt wollen sie ja eine Badbank haben. Das heißt, sie wollen den Banken alle schlimmen Papiere abnehmen, die kommt in eine Badbank und die soll dann uns gehören.

Ja, die Idee. Dann wollen sie aber, dass die Privatbanken dafür ein bisschen mithaften, das ist jetzt alles so verschwommen, jetzt haften die Bürgerinnen und Bürger dafür. Genau das ist nicht hinnehmbar. In habe ihnen gesagt, verstaatlichen wäre ja eine Lösung. Gut sage ich, wenn ihr das aus ideologischen Gründen nicht wollt, dann lasst uns doch was anderes machen, machen wir eine Holding. Als das hast du hier, die private Bank mit den guten Papieren und daneben hast du die Badbank mit den schlimmen Papieren. Und für deren Schulden haften erst einmal die Steuerzahler. Aber es gibt eine Regelung in der Holding, alle Gewinne aus der guten Bank kriegen solange die schlechte Bank bis alles bezahlt ist. Was spricht dagegen? Herr von und zu Guttenberg sagte mir dann bei Frau Illner, ja so wie sich der Steinbrück das gedacht hat, so kommt's nicht und ich solle nicht alles glauben, was ich lese. Aber er hat zu dieser Holding nicht Stellung genommen. Wäre doch eine Lösung. Aber sie wollen es nicht. Und wir müssen uns genau informieren. Ich sag euch, wenn wir im Wahlkampf nicht genau informiert sind, können wir auch die Bürgerinnen und Bürger nicht genau informieren. Und da ist jede Arroganz falsch. Eine Lidl Verkäuferin, die 10 Stunden an der Kasse sitzt, 2 Kinder hat, irgendeinen Kerl, der nichts taugt, die kommt vielleicht dazu, mal zehn Minuten sich Nachrichten anzuschauen. Mehr Zeit hat die überhaupt nicht. Und wenn wir nicht in der Lage sind, ihr das zu übersetzen, worum es geht, dann sind wir fehl am Platze in der Politik. Genau das müssen wir können.

Wir sind die einzigen, die ein Konjunkturprogramm von 100 Milliarden Euro vorschlagen. Wenn wir diese Summe jährlich ausgeben, haben wir die Ausgaben der Bundesrepublik Deutschland aus dem Jahre 2000. Was ist daran so arg. Warum ist das so realitätsfern, dass wir dasselbe Geld ausgeben wie im Jahre 2000? Dann könnten wir investieren in Bildung, dann könnten wir investieren in Infrastruktur und die Kaufkraft der Bevölkerung erhöhen und die Abhängigkeit von der Exportwirtschaft abbauen und die Binnenwirtschaft stärken, indem wir mal die Renten wirklich erhöhen, indem wir

den Sockelbetrag für Hartz IV-Empfänger und Empfängerinnen erhöhen und indem wir einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn einführen, bei dem wir ja bei Handwerkern etc. auch zuzahlen müssen. Das wissen wir ja, Ergo brachten wir dieses Konjunkturprogramm, um die sozialen Folgen dieser Krise einigermaßen abzufedern. Stattdessen rechnen jetzt alle Institute mit fünf Millionen Arbeitslosen Ende letzten Jahres. Und um das hier mal ganz klar zu sagen. Der Abbau der Arbeitslosigkeit bis Ende 2008 bestand doch nicht darin, dass wir mehr sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigung hatten, die hat in den letzten Jahren um 900 000 Stellen abgenommen. Sondern die bestand darin, dass weit über zwei Millionen in den letzten prekäre Beschäftigungsverhältnisse, nämlich befristete, 1-Euro-Jobs, 400 Euro-Jobs etc. entstanden sind. Das ist kein Grund für die Bundesregierung, um stolz zu sein. Sie hat prekäre Beschäftigungen in einem Umfang organisiert, wie wir das früher überhaupt in Deutschland nicht kannten. Und man muss dazu sagen, diese prekäre Beschäftigung in diesem Umfang ist gerade von der Regierung Schröder eingeleitet worden. Der Kohl hatte noch so Hemmungen, der kam aus einer anderen Zeit, aus einer anderen Generation. Und der Schröder hat gesagt, ich bin hier die Thatcher und hat das entsprechend umgesetzt. Sonst wäre doch die WASG gar nicht entstanden. So einfach ist das. Das liegt daran, dass er die SPD in einem Grade entsozialisiert hat, wie man sich das vorher kaum vorstellen konnte. Aber wir fordern außerdem einen Zukunftsfonds. Der wird aber nur einmal eingerichtet. In den sollen 100 Milliarden fließen. Dieser Zukunftsfonds hat eine spannende Aufgabe. Er soll immer den Unternehmen helfen, die in Schwierigkeiten sind, die aber eine Dienstleistung bzw. ein Produkt anbieten, das Chancen hat. Dann müssen Arbeitsplätze damit gerettet werden und dann kann man Arbeitsplätze retten. Das Neue an unserem Vorschlag ist, mehr Geld für Opel und auch für den Bäckermeister. Das hat es noch nie gegeben. Dass auch die Kleinunternehmen dort die Anträge stellen. Denn sonst ist es ja so, die Kanzlerin wird immer aktiv bei 20 000 Beschäftigten, bei 500 Beschäftigten ist das nicht interessant. Das ist die Realität von heute.

So, wir sind auch einzigartig in unserer Auseinandersetzung mit Deregulierung, Privatisierung und Sozialabbau. Wir sind die einzigen, die fordern, Hartz IV abzuschaffen. Alle anderen wollen Hartz IV retten und erhalten. Und Hartz IV ist demütigend. Und übrigens auch eine Gleichmacherei, wie es sie noch nie gegeben hat. Ich weiß aber, dass es ein bisschen schief ankommt. Aber ich will trotzdem, dass wir es den Leuten sagen. Du hast hier einen Pförtner und du hast hier einen Ingenieur. Beide haben 30 Jahre gearbeitet. Beide werden arbeitslos. Der eine bekommt 60 Prozent seines Einkommens ein Jahr lang und der andere bekommt über 60 Prozent seines Einkommens ein Jahr lang. Da bekommt natürlich der Ingenieur mehr. Ist ja klar. Der Ingenieur hat sich in den 30 Jahren natürlich einen höheren Lebensstandard aufgebaut. Der hat das bessere Auto, das höhere Sparguthaben, eine bessere Wohnung etc. als der Pförtner. Das kann sich jeder ausrechnen. Nach einem Jahr kommt der Gesetzgeber und sagt, Ihr seid völlig gleich. Ich billige euch die gleich große Wohnung zu, das gleich große Schonvermögen, das gleich große Auto. Keinen Cent mehr. Das heißt, für beide ist der erste Schritt schon hart und der zweite Schritt ist für den Pförtner auch hart, aber für den Ingenieur acht Mal so hart. Der muss ja völlig runter. Und wenn ihr mit denen mal sprecht, wenn die euch das mal erzählen, wie das in ihrer Situation war, dann ist das eine Demütigung sondergleichen. Es gab ja mal diesen Dokumentarfilm, wo sie gezeigt haben, wie jemand Rektor einer Einrichtung war und dann den Boden fegte.

Es ist schon ein Akt der Demütigung. Und wir sind die einzigen, die diese Demütigung überwinden wollen, weil sie völlig unangebracht ist bei dem Grad zivilisatorischer Entwicklung, den wir haben.

Dann sind wir die einzigen, die Steuergerechtigkeit fordern. Außer uns fordert niemand Vermögenssteuer, nicht einmal die SPD, nicht einmal in ihrem Wahlkampf – dass sie sie nicht durchsetzen ist eh klar – aber früher haben sie so etwas wenigstens noch aufgeschrieben. Schreiben sie nicht mehr

auf. Und unsere Millionärsabgabe ist durch nichts anderes als Vermögenssteuer auf Privatvermögen, nicht auf Wirtschaftsvermögen, muss man auch sehen. Wir haben gesagt, von dem, wenn jemand mehr als 1 Millionen Euro Privatvermögen hat, ich bitte Euch, von dem, was er mehr hat, soll er 5 Prozent zahlen. Das sage ich Euch, mehr als die Hälfte, die soviel hat, macht das sogar, weil sie es akzeptieren. Das wissen die auch und die andere Hälfte muss es dann machen, ohne es zu akzeptieren. Na und, kann ich nur sagen. Das ist das Wesen einer Steuer. Aber wir sind die einzigen, die das fordern. Da steht's ja, Millionäre zur Kasse – etwas vereinfacht (Wahlplakat). Fehlt mir übrigens immer die Zeile, wann die Leute wählen sollen. Man könnte ja draufschreiben, dass am 07.06. Europawahlen sind, oder? Ich dachte immer Wahlplakate dienen der Information, da, gut. Ansonsten halte ich mich da völlig raus.

Also wir brauchen eine Börsenumsatzsteuer, um die Spekulationen zu reduzieren ect. All das haben wir vorgeschlagen. Wir haben eine höhere Einkommenssteuer vorgeschlagen. Der Satz, den wir jetzt vorschlagen im Entwurf des Wahlprogramms von 53 Prozent ist der Satz, der unter Kohl galt. Und wir sagen sogar, den soll man erst bezahlen, wenn man mehr als 65 000 Euro Einkommen hat. Aber ich rechne es euch jetzt nicht aus. Das bedeutet, dass man faktisch mehr als 84 000 Euro verdienen muss wegen des Freibetrages etc. Also erst wenn ich mehr als 84 000 Euro verdiene, muss ich für dass, was ich mehr habe, einen Steuersatz von 53 Prozent zahlen. Das heißt, wenn ich 10 Euro mehr habe, verliere ich davon 5,30 Euro und 4,70 Euro bleiben meine. Was ist daran so eine Katastrophe? Das hat außer uns niemand drauf. Gleichzeitig sagen wir, die unteren Grundfreibeträge erhöhen etc, etc. Wir wollen nicht nur die Geringverdiener entlasten, sondern auch die durchschnittlich verdienenden entlasten, weil wir ja einen Steuerbauch haben, die Einkommenssteuer macht einen Bauch, und zwar müssen die durchschnittlich Verdienenden übermäßig viel bezahlen, auch das müsst Ihr ihnen unbedingt sagen. Die müssen deshalb übermäßig viel bezahlen, damit man oben den Spitzensteuersatz senken konnte. Und ich darf euch daran erinnern, dass er unter Kohl nicht gesenkt werden konnte, obwohl er es gerne wollte. Aber Schröder hat ihn von 53 auf 42 Prozent gesenkt. Das ist die sozialdemokratische Heldentat aus dieser Zeit.

So, und wir sind auch die einzigen, die bei der Rente zurück zur alten Formel wollen. Die Leute müssen wieder an einer wirklich positiven Lohnentwicklung teilhaben. Nicht nur Nullrunden, was einer Rentenkürzung gleichkommt, miterleben. Wir sind die einzige, die sagt, wir brauchen eine mutige Reform, die besteht darin, dass alle, die Einkommen haben, künftig einzahlen müssen in die gesetzliche Rentenversicherung, auch die Abgeordneten, auch Rechtsanwälte, auch Ärztinnen und Ärzte. Wir sind die einzigen, die das sagen. Und wir sagen, wir müssen die Beitragsbemessungsgrenze aufgeben, damit der Ackermann von seinem ganzen Einkommen bezahlen muss, nicht nur von einem kleinen Teil. Und wenn nämlich der von seinem ganzen Einkommen zahlen müsste, könnten wir die Beitragssätze senken, so einfach ist das. Und dann kommt der Einwand, dass dann ja XY eine so hohe Rente kriegt. Ja, wenn wir die Beitragsbemessungsgrenze aufgeben, flachen wir die Rentensteigerung ab. Das erlaubt auch das Bundesverfassungsgericht, weil es sich ja dann um eine solidarische Bürgerversicherung handelt. Was spricht dagegen? Alles lösbar. Was fällt denen ein, allen vier anderen Fraktionen, die Rente um zwei Jahre zu streichen. Das ist alles, was denen einfällt. Den Rest machen sie nicht, alle vier wieder gleich. Und dann kommen die ihnen mit der Demografie und sagen, das liegt daran, dass wir alle immer älter werden. Wo ist denn das Ende – bei 87 oder 92 – das wurde mir auf Nachfrage nicht beantwortet. Das ist eine abenteuerliche Vorstellung- und das noch bei dem Altersrassismus in unserer Gesellschaft. Der Prof. Walter von der Deutschen Bank, Chefvolkswirt, mit dem ich mich gerne streite, obwohl er gänzlich andere Ansichten hat, sagte zu mir in einer Fernsehsendung: Ja, das geht nicht mehr, frühestens ab 67 kann man Rente bezahlen. Da sagte ich zu ihm, sagen Sie mal, wann hat denn die Deutsche Bank den letzten

64-jährigen Arbeitslosen eingestellt? Da sagte er, das sei auch eine berechtigte Frage. Die hätten doch nicht mal die Andeutung einer Chance. Bewirb Dich doch mal mit 62 irgendwo. Sag, du bist arbeitslos und möchtest gerne... und dann sagen die, sie sollen bis 67 arbeiten. Das ist nichts weiter als eine Rentenkürzung, die überhaupt nicht hinnehmbar ist. Es gibt andere Lösungen, ich hab's gerade gesagt. Wir müssen den Leuten sagen, welche Reformen wir durchführen würden und dann wäre eine vernünftige Altersrente bezahlbar ohne Altersarmut und selbstverständlich schon ab 65 Jahre. Und es käme noch eins hinzu. Wenn wir denn die Rente bezahlten, dass ich ja gerne der Bestverdienender bin, der kann doch meinetwegen noch eine Privatrentenversicherung abschließen. Dagegen habe ich doch nichts. Es gibt den schönen Spruch aus der Schweiz: der muss endlich auch für Deutschland gelten: dass es zwar wahr ist, dass Millionäre keine gesetzliche Rente benötigen, aber die gesetzliche Rentenversicherung benötigt die Millionäre. Das ist wahr und das müssen wir durchsetzen, hier in Deutschland.

Im Vergleich zu vergleichbaren Ländern, wie z.B. USA, Großbritannien, Schweden, Finnland dachte ich, wir haben einen kleinen Öffentlichen Dienst. Irrtum, wir haben den kleinsten. Das ist überhaupt nicht mehr vertretbar, weil dadurch natürlich auch die Leistungen für Unternehmen und Bürger nicht besser, sondern schlechter werden. Also, das alles wäre schon lösbar.

Und dann gibt es noch einen Punkt, den ja nur wir bearbeiten. Das ist der Osten. Wer kümmert sich ansonsten um das Thema mehr Vereinigung. Niemand. Jetzt habe ich erzählt, was wir bei der Rente generell wollen. Und dann möchte ich endlich zwei Dinge erreichen. Ich möchte endlich gleichen Lohn für gleiche Arbeitszeit. Wir sind im Jahre 20 nach dem Fall der Mauer und im Jahre 19 der deutschen Einheit und immer noch müssen Ostdeutsche für deutlich weniger Geld - ein Drittel im Durchschnitt - in längerer Arbeitszeit arbeiten. Und es gibt die These, dass nur dadurch Arbeitslosigkeit im Osten verhindert wird.

Liebe Genossinnen und Genossen, das naturwissenschaftliche Experiment läuft jetzt 19 Jahre. Und wenn an der These irgendetwas stimmte, dann müsste ja aus einer doppelt so hohen Arbeitslosigkeit im Laufe der Jahre einmal eine geworden sein, die nur noch eineinhalbfach so hoch ist. Dann kannst du ja sagen, immerhin, von der Tendenz hat sich irgendwas verschoben. Es hat sich gar nichts verschoben. Sie ist immer noch doppelt so hoch. Damit ist diese These widerlegt. Und wenn eine These in einem naturwissenschaftlichen Experiment von 19 Jahren widerlegt ist, dann muss man sagen, im nächsten Jahr führen wir ein, gleicher Lohn für gleiche Arbeit mit gleicher Arbeitszeit. Das haben unsere Menschen auch verdient.

Und das zweite ist die Rente. Bei der Rente gibt es zwei Punkte. Wir brauchen auf der einen Seite eine Angleichung der Rentenwerte, die sind ja immer noch niedriger als im Westen und auf der anderen Seite liegt die Aufhebung eines Faktors zur Höherberechnung der Einkünfte. Solange die Einkünfte niedriger sind, muss das gemacht werden. Dafür gibt es drei Wege. Entweder man nimmt den allgemeinen Faktor, den man immer nimmt, der ist ein bisschen ungerecht, weil du dann höher berechnet wirst im Öffentlichen Dienst, aber zu niedrig woanders, das ist so. Oder du sagst, wir machen sechs verschiedene Komponenten je nach Branche und dann kannst du natürlich eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme machen, dass du sagst, nein wir machen das ganz anders, wir rechnen bei jedem aus, für alle die Jahre, die er gearbeitet hat in der DDR und danach, was er durchschnittlich im Westen verdient hätte, wenn er diese Arbeit dort verrichtet hätte. Das ist deshalb eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme, weil du dann glaube ich beim Rentenbund 3000 Leute einstellen müsstest. Das wäre natürlich die gerechteste Variante. Aber ich bin ja auch bereit, mich auf den Mittelweg einzulassen. Aber du musst es höher berechnen und dann die Werte angleichen. Und dann musst du etwas überwinden. Das sind die Lücken und Ungerechtigkeiten bei der Überführung der Renten. Dafür haben wir 17 Anträge gestellt. Diese Anträge werden am Donnerstag im Bundes-

tag behandelt werden. Und ich sage das, auf meine Veranlassung hin hat die Fraktion beschlossen, mit 17 namentlichen Abstimmungen. Ich muss sagen, warum. Wir hätten das auch in einen Antrag fassen können. Aber das mache ich nicht mehr. Weil mir die Abgeordneten anderer Fraktionen immer hinterher gesagt haben, na bei den Balletttänzerinnen oder Balletttänzern hätten wir vielleicht zugestimmt aber bei der NVA ging das natürlich nicht Und bei den Reichsbahnern vielleicht auch. Aber jetzt müssen sie über jede Fallgruppe einzeln entscheiden. Ja oder Nein oder Enthaltung. Ich bin leider nicht sehr gespannt. Weil ich es ahne. Aber wir werden bei dem Thema nicht lockerlassen. Ich bitte, dass wir ein Flugblatt herstellen, wo die 17 Anträge kurz erläutert werden, damit die Leute wissen, wer sich dafür einsetzt. Wir sind die einzigen im Bundestag. Und wenn wir die Einzigartigkeitsmerkmale herausarbeiten für den Bundestagswahlkampf, haben wir auch gute Chancen, meine ich.

So jetzt höre ich mal auf. Ich könnte meine Rede noch zwei Stunden fortsetzen.

Ich möchte euch sagen, dass wir jetzt mobilisieren, dass wir jetzt kämpfen. Jetzt muss mal das Gejammer bei uns aufhören. Ich kenne ja die Probleme. Aber wir sind doch in eine Partei eingetreten, um Politik zu machen. Und Politik heißt, man muss eine Gesellschaft verändern. Und da kann man sich nicht immer auf sich selbst zurückziehen. Das ist ein bisschen wenig. Und jetzt möchte ich, dass Ihr schon für den Europawahlkampf die Leute mobilisiert, dass sie wählen gehen, dass sie links wählen gehen. Und ich möchte, dass Ihr zusammen kämpft für die Bundestagswahl und die Landtagswahlen, weil sie in beiden links wählen sollen. Es gibt zwei Grundsätze, das kann man regelrecht belegen. Wenn DIE LINKE verstärkt ins europäische Parlament verstärkt auch in den Landtag von Brandenburg und vor allen Dingen diesbezüglich verstärkt in den Bundestag einzieht, wird Deutschland friedlicher werden. Wir haben die Grünen in Schwierigkeiten gebracht mit Afghanistan, die SPD in Schwierigkeiten gebracht. Wenn wir nachlassen, dann ändern die gar nichts. Wenn wir gleich bleiben, auch zu wenig. Aber wenn wir stärker werden, dann werden sie darauf Rücksicht nehmen müssen. Und die zweite Losung stimmt genauso: Wenn wir sagen, mit einer starken LINKEN wird Deutschland sozialer. Und zwar deshalb, weil die Anderen unsere sozialen Forderungen fürchten. Wenn die Wählerinnen und Wähler die aber nicht akzeptieren, dann sagen sie natürlich: Muss nicht sein, hat sich ja als Quatsch erwiesen. Wenn wir aber gestärkt aus den Wahlen hervorgehen, dann werden die anderen sozialer. Das heißt, was wir den anderen erklären können: es ist ja so einfach. Sie brauchen uns bloß verstärkt zu wählen, wir brauchen gar nichts beantragen, die anderen ändern sich ja. Ich bitte Euch, denkt an Beck, der war mal Vorsitzender der SPD, der hat erklärt, längeres Arbeitslosengeld für Arbeitslose ausgeschlossen, das würde ja die Agenda 2010 und diesen ganzen Mist durcheinander bringen. Ein Jahr später, es hatte sich ja nichts geändert, hat er gesagt, das muss verlängert werden. Und warum, weil wir in Umfragen gestiegen waren. Bei dem reichten schon Umfragen. Und nun sage ich euch, brauchen wir TOP-Wahlergebnisse. Gar nicht für uns, sondern für die Leute. Es geht nicht darum, ob wir zwei oder drei oder vier Abgeordnete mehr haben, das ist nicht die Frage. Die Frage ist, wir haben dann eine andere Relevanz, wir haben sie alle durcheinander gebracht. Die Union weiß nicht mehr, wie sie sich sozial äußern soll, die SPD ist durcheinander, die Grünen versuchen, ein bisschen besser an die Basis ranzukommen, Die FDP sind die einzigen, die konsequent durchhalten in Gegnerschaft zu uns. Das braucht man ja auch. Ich will nur sagen – diesen Punkt müssen wir nutzen. So funktionieren Mechanismen.

Wahlen verändern nicht die Welt grundsätzlich, das weiß ich auch. Da brauch ich gar keine Belehrung. Dazu habe ich bis jetzt zu viele durchgemacht, aber sie verändern schon, wenn sie ein klares Signal senden und euch bitte ich zu kämpfen, euch zu engagieren, jetzt nicht mehr zu jammern, nicht mehr miteinander zu diskutieren, sondern raus zu gehen auf die Straße und die Leute zu überzeugen, wählt Links in Eurem Interesse, damit die Welt friedlicher und sozialer wird.

Bericht der Mandatsprüfungskommission

Liebe Delegierte, liebe Gäste,

für den 1. Landesparteitag der LINKEN Brandenburg wurden 178 Mandate durch den Landesvorstand der LINKEN Brandenburg beschlossen.

Die Mandatsprüfungskommission hat die Anwesenheitslisten ausgewertet. Um 17 Uhr hatten sich 130 Delegierte angemeldet, das sind 73,03 % der gewählten Delegierten,

Damit ist der Landesparteitag beschlussfähig.

Von den anwesenden gewählten Delegierten sind
64 Frauen = 49,2 % und 66 Männer = 50,8 %.

Alle angemeldeten Delegierten sind Mitglied der Partei DIE LINKE.

Nachwahl eines Landesvorstandsmitglieds

Wahlgang 1

Frank Hühner: 50 Ja

Ralph Krech: 60 Ja

Peter Lange: 10 Ja

Keiner der Kandidaten erhielt im ersten Wahlgang die notwendige Mehrheit von mehr als 50 %. Deshalb fand eine Stichwahl statt.

Stichwahl

Frank Hühner 41 Ja

Ralph Krech 70 Ja

Damit wurde Ralph Krech gewählt.